

## Ruhrbergbau und Gemeindegründung um 1900, Das Beispiel der Evangelischen Kirchengemeinde Preußen

Da man Lünen an der nördlichen Grenze der alten Grafschaft Mark, zumindest im 20. Jahrhundert, als „Bergbaustadt“ ansprechen konnte, liegt es nahe, sich historisch auch für die Beziehung des hiesigen Bergbaus zur Kirche zu interessieren.<sup>1</sup> Blickt man dabei auf die gegenseitigen Prägekräfte, so stellt man schnell fest, dass die Bergbauunternehmen in Lünen und vielen anderen Kommunen des Ruhrgebiets geradezu die Funktion eines „Raumbildners“ übernommen haben.<sup>2</sup> Anders als beispielsweise in der ostwestfälischen Textilindustrie, wo die naturräumlichen Gegebenheiten und traditionellen Absatzmärkte für wechselseitige Beziehungen zwischen den Unternehmen und der sie umgebenden Umwelt sorgten, gab es im Ruhrgebiet Industrien und Großunternehmen, die die maßgebliche Rolle bei der Stadtentwicklung spielten (z. B. Krupp in Essen). Die umfassende Inbesitznahme einer Kommune durch ein Großunternehmen ließ so neben den eigentlichen Produktionsstätten, also neben Stahlwerken und Zechen, eine Art „Gegenstadt“ entstehen – mit Arbeiterwohnungen in Kolonien und eigener Infrastruktur, wie Krankenhäusern, Kindergärten, Sportstätten, Verwaltung und eben auch kirchlichen Einrichtungen.<sup>3</sup> Da die Kirche selbst jedoch eine jahrhundertelange und im Vergleich zu Industrieunternehmen viel ältere Tradition als „Raumbildnerin“ besitzt – man denke an die sowohl kommunale als auch religiöse Verwaltungsfunktion der alten Kirchspie-

<sup>1</sup> Überarbeitete Fassung eines Vortrags des Vf. zum 100-jährigen Gründungsjubiläum der Evangelischen Kirchengemeinde Preußen, gehalten im Paul-Gerhardt-Haus, Lünen-Süd, am 8. März 2005.

<sup>2</sup> Albin Gladen: Der Steinkohlenbergbau im Vest als Städtebildner der Neuzeit: Entstehung und Ausformung der Industriestadt Recklinghausen, in: Recklinghausen im Industriezeitalter, hg. von Klaus Bresser und Christoph Thüer im Auftrag des Vereins für Bergbau- und Industriegeschichte Recklinghausen e. V., Recklinghausen 2000, 103-110.

<sup>3</sup> Vera Hierholzer: Der Raum des Unternehmens – das Unternehmen im Raum, in: H-Soz-u-Kult (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=461>), 29.10.2004; Klaus Tenfelde: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn <sup>2</sup>1981, 33-59. Vgl. zur staatlichen Aufsicht über den Bergbau die entsprechenden Bestände im Landesarchiv NRW Staatsarchiv Münster: Landesoberbergamt Dortmund (1737–1960) und Bergamt Lünen (1872–1970).

le –, befand sie sich in der Phase der Industrialisierung Deutschlands und des Ruhrgebiets in einer gewissermaßen komfortableren Position: Auch in noch so dünn besiedelten Regionen bestand bereits eine kirchliche Verwaltungsstruktur. Die kirchlichen Parochien waren zwar häufig groß, aber zumindest seit dem 19. Jahrhundert für keine Konfession rechtsfrei oder „unverwaltet“. Unternehmen, zumal solche des Bergbaus, die den Grund und Boden vorhandener Besitzer berühren wollten, mussten insofern mit der Kirche kooperieren. Und sie wollten dies auch, da der Kirche eine zentrale Aufgabe in der ethisch-moralischen Erziehung der ortsansässigen und neu hinzukommenden Arbeiterbevölkerung zukam. So lässt sich im Hinblick auf die betriebliche Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Zeit der vorletzten Jahrhundertwende eine symbiotische Beziehung zwischen Bergbauunternehmen und Kirche vermuten.

## 1. Bergbau und Bergleute kommen nach Lünen

Bis 1914 dominierte im deutschen Industrialisierungsprozess die Kohle gegenüber den neuen Energiequellen Elektrizität und Öl. Die Entwicklung des Steinkohlebergbaus im Ruhrgebiet von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg liest sich dementsprechend rein zahlenmäßig wie eine Erfolgsgeschichte. Die Zechengesellschaften übertrafen mit ihren Betriebsgrößen die englische und französische Konkurrenz bei weitem. Die 1856 gegründete Harpener Bergbau Aktien-Gesellschaft aus Dortmund war das größte Unternehmen und zählte im Jahr 1907 26.000 Beschäftigte.<sup>4</sup> Wie fast überall im Ruhrgebiet standen auch in Lünen-Süd und Lünen-Gahmen die Gründung und das Gedeihen der dortigen evangelischen Kirchengemeinde in engem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Aufschwung des Bergbaus. Allerdings ist die Ausrichtung auf den Bergbau in Lünen eine vergleichsweise „junge Entwicklung“ – die Förderung setzte erst kurz vor der Jahrhundertwende ein.<sup>5</sup> 1870 hatten auf der Suche nach Kohle Bohrungen nördlich der Lip-

<sup>4</sup> Zu Harpen: Bergbau-Archiv Bochum Bestand 45 (Harpener Bergbau AG, Dortmund); Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Dortmund: Harpener Bergbau-AG (Bestand F 24); vgl. Dietmar Bleidick: Die Hibernia Affäre. Der Streit um den preußischen Staatsbergbau im Ruhrgebiet zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Bochum 1999, 105-112.

<sup>5</sup> Wilfried Reininghaus: Zur Wirtschaftsgeschichte der Bergbaustadt Lünen im 20. Jahrhundert, in: Fredy Niklowitz/Wilfried Heß (Hg.): Lünen 1918 bis 1966, Beiträge zur Stadtgeschichte, Lünen 1991, 35. Auf seiner Nordwanderung erreichte der Bergbau die Lüner Gegend bereits zu Beginn der 1870er Jahre, als es in Folge des Allgemeinen Berggesetzes für die preußischen Staaten (1865; Grundsatz der

pe stattgefunden. 1873 wurden in Gahmen (Gustav Adolph) und Horstmar (Bertha Wilhelmine) die ersten Schächte der Zeche Vaterland bzw. Vereinigte Nordsee abgeteuft, der Schacht Prinz Heinrich (später Preußen I/1) folgte im April 1873. 1877 begann das Abteufen des zweiten Schachtes (später Preußen II/1). Beide Schächte mussten wegen starker Wasserzuflüsse allerdings nach ein bis zwei Jahren aufgegeben werden, noch ehe sie das Steinkohlegebirge überhaupt erreicht hatten.<sup>6</sup> Aufgrund ihres trostlosen Zustandes war die Anlage Preußen vergleichsweise günstig zu erwerben: 1891 kaufte die Harpener Bergbau-AG 995 der 1.000 Anteile („Kuxe“) und rundete damit ihren Besitz ab, der aus den umliegenden, eine natürliche Einheit bildenden Zechen Gneisenau und Scharnhorst sowie seit 1899 auch aus Courl bestand.<sup>7</sup> Der Harpen-Generaldirektor Robert Müser (1849–1927), nach Amerika ausgewanderter Sohn des vom Lande stammenden „Kohlendoktors“ Friedrich Wilhelm Müser, dachte stets voraus und legte verdientes Geld am liebsten wieder in Grundstücken an, d. h. in Bergwerksunternehmen mit möglichst umfangreichen Kohlefeldern.<sup>8</sup> Die Harpener Bergbau AG wurde so zum Großunternehmen mit der höchsten Förderung des Reviers. Noch 1891 begann sie mit dem Weiterteufen des alten Schachtes Preußen I/1 und zu Beginn des Jahres 1892 mit dem Abteufen eines neuen Schachtes I/2. Beide Schächte konnten 1895 fertiggestellt und auf Preußen I die Förderung mit 337 Bergleuten aufgenommen werden.<sup>9</sup> Der seit 1897 weiter abgeteuft bzw. abgebohrte Schacht Preußen II/1 und der neu abgeteuft Schacht Preußen II/2 wurden 1903 in Betrieb genommen.<sup>10</sup>

Die Entwicklung des Bergbaus im Ruhrgebiet seit den 1880er Jahren war gekennzeichnet von der Zuwanderung mehrerer hunderttausend Menschen, die meist aus wirtschaftlichen Notstandsgebieten kamen. Sie

Bergbaufreiheit) eine zweite Gründerperiode gab (1870–1873); vgl. Agnes M. Prym: Staatswirtschaft und Privatunternehmung in der Geschichte des Ruhrkohlenbergbaus, Essen 1950, 26; M. Reuss: Mittheilungen aus der Geschichte des Königlichen Oberbergamtes zu Dortmund und des niederrheinisch-westfälischen Bergbaues. Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens des Königlichen Oberbergamtes zu Dortmund am 25. Juni 1892, Berlin 1892, 59-90.

<sup>6</sup> „Leben mit Gneisenau, hundert Jahre ...“ Eine Zeche zwischen Dortmund und Lünen. Begleitbuch zur Ausstellung der VHS Dortmund im Museum für Kunst und Kulturgeschichte der Stadt Dortmund vom 12.9.–26.10.1986, hg. v. Gerhard Langemeyer, Essen 1986, 285; Wilhelm und Gertrude Hermann: Die alten Zechen an der Ruhr, Königstein 1981, 113.

<sup>7</sup> Lünen 1918 bis 1966 (wie Anm. 5), 35.

<sup>8</sup> Heiner Radzio: Am Anfang war die Kohle. 125 Jahre Harpen, Dortmund 1981, 18.

<sup>9</sup> Leben mit Gneisenau (wie Anm. 6), 284 f.; Lünen 1918 bis 1966 (wie Anm. 5), 35.

<sup>10</sup> W. u. G. Hermann: Die alten Zechen (wie Anm. 6), 113; Leben mit Gneisenau (wie Anm. 6), 285.

folgten der Arbeit, wie sie die Zechen der dann – nach den Worten des damaligen Pfarrers – auch in Lünen „mächtig aufstrebende[n] Kohlenindustrie“<sup>11</sup> boten. Oder sie folgten den Verlockungen von Anwerbern. Da Arbeiter aus der näheren Umgebung nicht in genügender Zahl gewonnen werden konnten, schickten Großindustrielle ihre Werber in andere Gegenden, besonders nach Ost- und Westpreußen, nach Posen und Schlesien, aber auch nach Österreich-Ungarn und Holland. In dem von Masuren bewohnten Teil der Provinz Ostpreußen fanden sie bei der Landbevölkerung günstige Aufnahme, weil gegenüber der dort üblichen Entlohnung (größtenteils Naturalien) die Aussicht auf gute Bezahlung in barem Geld vor allem die unternehmungslustigen jüngeren Männer lockte.<sup>12</sup> Manche zuvor lupenrein katholischen Regionen des Ruhrgebiets, wie das Vest Recklinghausen, erhielten durch die Nordwanderung des Bergbaus erstmals seit der Reformation eine bedeutende Anzahl Evangelischer.<sup>13</sup> In der einst einsamen „Klöterheide“ der Steuergemeinde Lünen – hier lebten gleichermaßen wenige Katholiken wie Protestanten – entstanden allmählich „Kolonien“, wie man die im Aufriß und in der sozialen Struktur gleichförmigen und im Grundriß geschlossenen Arbeiterwohnsiedlungen eines Betriebes bezeichnete.<sup>14</sup> Am 1. Dezember 1898 hatte der Kreis Ausschuss des Landkreises Dortmund, in dem damals rund 40 Katholiken auf 60 Protestanten kamen, den Antrag der Harpener Bergbau AG zur Anlage einer Kolonie von 52 Wohnhäusern für je zwei bis drei Familien in der Klöterheide genehmigt. Zwischen den von der Zechen- und Siedlungstätigkeit betroffenen Kommunen und den Bergwerksgesellschaften wurden meist durch spezielle „Ansiedlungsverträge“ die Fragen der Gemeindeverwaltung, die Schulasten und die Kirchenverhältnisse geregelt.<sup>15</sup> Die Bergwerksgesellschaft

<sup>11</sup> Landeskirchliches Archiv Bielefeld (LkA EKvW) Lagerbuch 163 (im Folgenden: LB 163), 178. Einschlägige Archivalien zur Geschichte der Evangelischen Kirchengemeinde Preußen befinden sich nicht nur in den örtlichen Archiven der „Muttergemeinden“ sowie im Archiv der Kirchengemeinde Preußen, sondern auch im Evangelischen Zentralarchiv in Berlin (EZA 7/6608).

<sup>12</sup> Oskar Mückeley: Masurische Seelsorge im rhein.-westf. Industriegebiet, in: Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte (JWKG) 44/1951, 190.

<sup>13</sup> Helmut Geck: Die evangelische Kirche und der Bergbau im Vest Recklinghausen zur Kaiserzeit (1871 bis 1918), in: Recklinghausen im Industriezeitalter (wie Anm. 2), 353-370, hier: 358.

<sup>14</sup> LkA EKvW LB 163, 178; vgl. Wilhelm Dege/Wilfried Dege: Das Ruhrgebiet, Berlin 1983, 49; Franziska Bollerey/Kristiana Hartmann: Siedlungen aus den Regierungsbezirken Arnsberg und Münster (Dortmunder Architekturhefte Nr. 8), Greven o. J. (1978); vgl. insgesamt Wolfgang Balzer: Spuren, Steine, Denkmäler. Zeugnisse der Geschichte im Raum Lünen, Lünen 1993, 127-134.

<sup>15</sup> Vgl. Fritz Siebrecht: 25 Jahre Bergwerksgesellschaft Trier, Hamm (Westf.), Essen 1930, 17 (in: LkA EKvW 4,110-69).

ten wurden damit notariell zum sog. „Häusergeld“ verpflichtet, mit dem unter anderem der Bau von Privathäusern und der notwendig werdende Kirchbau finanziell unterstützt wurden. Auf dieser Grundlage beschlossen die evangelischen und katholischen Schulvorstände und Repräsentanten der Schulgemeinde Lünen-Gahmen Ende August 1898, dass gegen das Harpener Bauvorhaben nichts einzuwenden sei. Im September 1898 erklärte sich die Kirchengemeinde Lünen mit der Anlage der aus besagten 52 Wohnhäusern bestehenden Arbeiterkolonie seitens der Harpener Bergbau AG einverstanden – unter der Bedingung, „daß der Kirchengemeinde für die ihr durch die Anlage der Kolonie erwachsenden Lasten eine Entschädigung von 45 Mk. für jedes Wohnhaus gezahlt wird“.<sup>16</sup> Die von der Bergwerksgesellschaft in Aussicht gestellte „Entschädigung für Schul- und Kirchenzwecke“ betrug 450 Mark je Wohnhaus (insgesamt 23.400 Mark). Von diesen 450 Mark je Wohnhaus sollte nun jede der beiden Kirchengemeinden zehn Prozent erhalten – d. h. die dann vereinbarten 45 Mark.<sup>17</sup> Im Jahr 1900 berichtete die Dortmunder Zeitung *Tremonia*, dass Lünen-Süd zur „Stadt in der Stadt Lünen geworden sei“.<sup>18</sup>

## 2. Harpens Abfindungskapital und Sozialfürsorge

Das finanzielle Engagement der Bergwerksgesellschaft beim Aufbau einer kommunalen und kirchlichen Infrastruktur in neu erschlossenen Gebieten wie Lünen-Süd erklärt sich aus verschiedenen Motiven, die im gesetzlichen wie außergesetzlichen, im wirtschaftlichen, im wohlfahrtsstaatlichen, aber auch im sozial-disziplinatorischen Bereich zu finden sind. War die Siedlungspolitik von Bergwerksgesellschaften im 19. Jahrhundert charakteristischer „Ausdruck der patriarchalischen Ordnung“ ihrer Zeit,<sup>19</sup> so versuchte man hier staatlicherseits durch das Ansiedlungsgesetz von 1876 zu intervenieren. Nun ging es nicht mehr al-

<sup>16</sup> Am 1.10.1898 genehmigte das Königliche Konsistorium in Münster den entsprechenden Beschluss der größeren Gemeindevertretung Lünens vom 5.9.1898: Königliches Konsistorium (KglK) an den Superintendenten (Sup.) in Brechten, Nr. 13154, 1.10.1898, in: LkA EKvW 4,86-463.

<sup>17</sup> Bürgermeisteramt Lünen, 1.9.1898, in: LkA EKvW 4,86-463.

<sup>18</sup> Von der Vielzahl zur Einheit. Bilder erzählen Geschichte(n) aus den Lünen Stadtteilen. Katalog zur Ausstellung des Stadtarchivs Lünen im Grafischen Kabinett des Rathauses vom 31. August bis 20. November 1897 (Stadt Lünen – Stadtarchiv, Schriftenreihe Heft 7), Lünen 1987, 82.

<sup>19</sup> Horst M. Bronny/Norbert Jansen/Burkhard Wetterau: Das Ruhrgebiet. Landeskundliche Betrachtung des Strukturwandels einer europäischen Region, Essen 2002, 25.

lein um Fragen der sog. Gefährdungshaftung bei Bergschäden, die insbesondere bei dem räumlich weit und tief ausgreifenden Steinkohlebergbau zu klären waren.<sup>20</sup> Es ging hingegen um investive Beteiligungen des Bergbaus am Gemeinwesen. Laut Ansiedlungsgesetz oblag dem Bauherrn, wie der Harpener Bergbau AG, nun die Übernahme der Folgekosten für den Bau öffentlicher Einrichtungen, der Wasserversorgung und Kanalisation, von Straßen und Schulen sowie von Polizeistellen<sup>21</sup> und eben auch kirchlichen Einrichtungen. Die Bergbauunternehmen hatten sich zudem an den Lasten zur Bekämpfung der Armut zu beteiligen. Das nur in Westfalen in Kraft getretene Ansiedlungsgesetz griff bei allen Neubauten, so auch bei den Arbeiterkolonien im Lünen Süden, und wurde in den angesprochenen Ansiedlungsverträgen konkretisiert.<sup>22</sup>

Wirtschaftlich stellten die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg für die Harpener Bergbau AG einen letztlich gleichmäßigen Aufstieg dar. Die Firmenphilosophie lautete: „Alle Sorge galt dem Betrieb, seiner Ausgestaltung und seiner Sicherung.“<sup>23</sup> Robert Müser, als junger westfälischer Protestant in New York in die „Schule“ des alten Puritanismus gegangen, war seit Mitte der 1870er Jahre Leiter der Harpener Bergbau AG, die er nach dem Motto „Konsolidieren“ führte.<sup>24</sup> Im 50. Jubiläumsjahr Harpens (1906) beliefen sich die Abschreibungen auf insgesamt 84,9 Mio. Mark. Für Neuanlagen wurden 1905/06 rund zehn Millionen Mark ausgegeben, in den sechs Jahren vor dem Ersten Weltkrieg insgesamt 75

<sup>20</sup> Vgl. Rudolf Müller-Erbach: Das Bergrecht Preußens und des weiteren Deutschlands, Stuttgart 1917, 337-345.

<sup>21</sup> So wurde der Harpener Bergbau AG zum Beispiel zur Bedingung gemacht, in der Nähe des Koloniebauvorhabens „eine Polizeistation mit Arrestzellen“ zu errichten und die dauernde Gehalts- und Wohngeldzahlung für den anzustellenden Polizei-Sergeanten zu übernehmen (gemäß eines von den Stadtverordneten am 29.8.1898 genehmigten Vorschlags: Kreis-Ausschuss des Landkreises Dortmund, Journal-Nr. 9606, Beschluß, 9.12.1898, in: LkA EKvW 4,86-463).

<sup>22</sup> Günter Brakelmann/Traugott Jähnichen/Norbert Friedrich (Hg.): Kirche im Ruhrgebiet, Essen 1998, 40; Wolfgang Hofmann: Das Ansiedlungsgesetz von 1904 und die preußische Polenpolitik, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, 38/1989, 251-285. Vgl. allgemein zur Rechtsentwicklung der Bergwerksgesellschaften Norbert Horn/Jürgen Kocka (Hg.): Recht und Entwicklung der Großunternehmen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Göttingen 1979, 64 ff., 190ff.

<sup>23</sup> A(ugust) Heinrichsbauer: Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft 1856-1936. Achtzig Jahre Ruhrkohlen-Bergbau, Essen 1936, 148.

<sup>24</sup> O. Martens: Lebensabriß von Robert Müser, in: Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund, 1910, III-XVI; Franz Mariaux: Gedenkwort zum hundertjährigen Bestehen der Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft, Dortmund 1956, 143-147, 161-163.

Millionen Mark.<sup>25</sup> „An den bewährten Grundsätzen solider Finanzpolitik wurde streng festgehalten. Das war um so notwendiger, als die Aufwendungen für Steuern und Sozialabgaben schnell stiegen. Die vorhandenen Fürsorgeeinrichtungen wurden planmäßig ausgebaut; der Häuserbau für die Belegschaft erforderte beträchtliche Mittel“.<sup>26</sup> In der zwischen den beiden Zechen liegenden Ortschaft Gahmen (Kirchspiel Brechten) und in der Kolonie Altenderne-Oberbecker (Kirchspiel Derne) ereignete sich die erste große Besiedlungswelle (darunter zahlreiche Evangelische) kurz nach der Jahrhundertwende 1900, die zweite nach dem Ersten Weltkrieg, eine dritte dann nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>27</sup> Im Jahr 1900 arbeiteten etwa 1.700 Menschen auf den Preußen-Zechen, 1913, im Jahr der maximalen Förderung, waren es fast 3.000. Der ständig zunehmende Bedarf an Arbeitskräften war für Harpen „kaum zu decken“ gewesen.<sup>28</sup> Gleichwohl entwickelte sich die Harpener Aktie an der Börse zu einem seriösen Standardwert, Harpen war der „Inbegriff von Kapitalsolidität in für mündelsicher geltender Anlagedimension“.<sup>29</sup> Im Kontext des neuen sozialpolitischen Kurses Kaiser Wilhelms II., der – nebenbei bemerkt – auch sein Amt als oberster preußischer Bischof sehr bewusst wahrnahm,<sup>30</sup> wuchsen auch für die Bergwerksgesellschaften die Ausgaben für soziale Zwecke: So zahlte Harpen im Geschäftsjahr 1892/93, also kurz nach dem Erwerb der Preußen-Zechen, „792.000 M für soziale Aufwendungen und die Belegschaft 582.000 M.“ 1901/02 waren die Beträge nach eigenen Angaben bereits auf 1,8 Mio. Mark gestiegen.<sup>31</sup> In ihrer Festschrift zum 80-jährigen Bestehen (1936) führt die Harpener Bergbau AG über ihre betriebliche Sozialpolitik – die auch Ausdruck eines traditionellen Paternalismus war – aus: „Die Harpener Verwaltung versuchte, durch Ausbau ihrer Fürsorgeeinrichtungen der zunehmenden sozialen Spannung entgegenzuwirken. Die von Harpen in der Vorkriegszeit getroffenen sozialen Maßnahmen kann man in fünf große Gruppen teilen: 1. Wohnungswesen, 2. Verpflegungseinrichtungen, 3. Erziehung und Belehrung, 4. Krankenpflege, 5. Fürsorge und

<sup>25</sup> F. Mariaux: Gedenkwort (wie Anm. 24), 187; Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft 1856–1936 (wie Anm. 23), 148.

<sup>26</sup> Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft 1856–1936 (wie Anm. 23), 148.

<sup>27</sup> 70 Jahre Evangelische Kirchengemeinde Preußen 1905–1975. Jubiläumsschrift, 11.

<sup>28</sup> Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft 1856–1936 (wie Anm. 23), 149.

<sup>29</sup> F. Mariaux: Gedenkwort (wie Anm. 24), 193.

<sup>30</sup> Martin Greschat: Der deutsche Protestantismus im Kaiserreich, in: Jacques Gadille/Jean-Marie Mayeur (Hg.): Liberalismus, Industrialisierung, Expansion Europas (1830–1914) (Die Geschichte des Christentums. Religion, Politik, Kultur; Band 11), Freiburg/Basel/Wien 1997, 674 f.

<sup>31</sup> Zitat und Zahlen aus: Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft 1856–1936 (wie Anm. 23), 161.

Unterstützungen“.<sup>32</sup> In der Summe waren die freien und damit widerrufbaren Unternehmensentscheidungen auf die wirtschaftliche Besserstellung und soziale Sicherung der Betriebsangehörigen ausgerichtet, dienten implizit aber auch dazu, deren Loyalität und Betriebstreue zu erhöhen.<sup>33</sup> Generaldirektor Müser schien sich zudem seines Titels eines Königlich Preußischen Kommerzienrats würdig erweisen zu wollen – eines nicht-akademischen Ehrentitels auf der untersten Stufe der Ränge, der einen Kaufmann wie Müser aber gleichwohl gesellschaftsfähig machte und seine regierungstreue Gesinnung dokumentierte. „Um ihn zu bekommen, schränkt mancher seinen persönlichen Aufwand und seine Gewinne ein und macht Stiftungen, die ihm sonst fernegelegen hätten“.<sup>34</sup> An Kirchengemeinden, wohltätige Anstalten und ähnliche Einrichtungen wurden seitens der Harpener Bergbau AG „regelmäßige Beiträge“ abgeführt. „Die Gesamtsumme der außergesetzlichen sozialen Aufwendungen der Gesellschaft betrug im Geschäftsjahr 1912/13 1156350 M“.<sup>35</sup> Man resümierte im Jubiläumsjahr 1936 zufrieden: „Harpen scheute große Ausgaben nicht“.<sup>36</sup>

### 3. Bergarbeiter-Alltag um die Jahrhundertwende

Durch die Verbesserung der Förderungstechniken konnte sich der Kohlebergbau immer weiter in den Norden des Ruhrgebiets (bis in die „Lippe-Zone“) ausdehnen, wo er allerdings immer größere Tiefen zu überwinden hatte.<sup>37</sup> Auf Preußen I kam 1902 die erste elektrische Fördermaschine im Ruhrgebiet zum Einsatz; weil sie sich jedoch nicht bewährte, wurde sie 1910 durch eine Dampffördermaschine ersetzt.<sup>38</sup> Trotz der

<sup>32</sup> Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft 1856–1936 (wie Anm. 23), 164. Vgl. dazu Thomas Welskopp: Betriebliche Sozialpolitik im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 34/1994, 333–374.

<sup>33</sup> Vgl. Wolfram Fischer: Die Pionierrolle der betrieblichen Sozialpolitik im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, in: Betriebliche Sozialpolitik deutscher Unternehmen seit dem 19. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Symposiums der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V. am 25. November 1977 in Hamburg (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 12), Wiesbaden 1978, 34–51.

<sup>34</sup> F. Mariaux: Gedenkwort (wie Anm. 24), 188 f. – Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849–1914. Dritter Band: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs, München 1995, 724 f.

<sup>35</sup> Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft 1856–1936 (wie Anm. 23), 165.

<sup>36</sup> Ebd., 164.

<sup>37</sup> Wilhelm Brepohl: Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform dargestellt am Ruhrgebiet, Tübingen 1957, 385.

<sup>38</sup> Lünen 1918 bis 1966 (wie Anm. 5), 35.

allgemeinen Technisierung – die Zahl der Dampfmaschinen war damals von knapp 140 auf mehr als 6.200 gestiegen – war der Ruhrbergbau ein wenig industrialisierter Wirtschaftszweig: Die eigentliche Bergarbeit hatte sich kaum verändert, war immer noch handwerklich und von extremen Umweltbedingungen geprägt.<sup>39</sup> So ging die Mehrheit der Zugewanderten in der Arbeiterschaft auf, vor allem als Bergleute oder Gießereiarbeiter, weil man für diese Tätigkeiten außer der Körperkraft kaum besondere Qualifikationen benötigte.<sup>40</sup> Die Verhältnisse des durchschnittlichen Bergarbeiters im Ruhrgebiet sahen damals in etwa wie folgt aus:<sup>41</sup> Dreimal täglich wechselten die Schichten. Zur Arbeitszeit von acht bis zehn Stunden täglich kamen noch ein- bis zweistündige Wege zur Arbeit hinzu. Überstunden mussten entsprechend der betrieblichen Erfordernisse geleistet werden, der Sonntag war bis auf geforderte Schichten frei.<sup>42</sup> Das Familienleben konzentrierte sich auf die Sonn- und Feiertage in Wohnungen, die zumeist zwei Stuben umfassten. Die Bergleute, die in den Kolonien der Bergbaugesellschaften wohnen konnten, fanden bessere Wohnverhältnisse vor. Dort gab es Stall und Garten, und es entwickelte sich eine besondere Form von Nachbarschaft und Nachbarschaftshilfe. Zwischen den Männern und den Frauen, die den Haushalt führten, war die Rollenverteilung streng organisiert. Die Gewalt- und Befehlsverhältnisse waren innerfamiliär in der Regel zugunsten des väterlichen Ernährers geregelt. Für den Arbeiter gab es zwar prinzipiell in seinem Tagesablauf neben der Arbeitszeit die Freizeit. Diese war aber vor allem Schlafzeit und diente zur Erholung von der Arbeit und zum Kräftesammeln für die Arbeit. Die Zeit, am politischen oder kulturellen Leben teilzunehmen, war sehr knapp bemessen.

Auf den Zechen vor Ort besaßen „Beamte“ und Angestellte die Verfügungsrechte, Kommerzienrat Robert Müser lenkte die Harpener Bergbau AG hingegen von ihrem Dortmunder Hauptsitz aus wie ein König: Er „regiert monarchisch, zentralistisch und bis ins kleinste jeden Sektor

<sup>39</sup> Franz-Josef Brüggemeier: *Leben vor Ort: Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889–1919*, München 1983, 75; vgl. jetzt insgesamt Manfred Rasch/Dietmar Bleidick (Hg.): *Technikgeschichte im Ruhrgebiet – Technikgeschichte für das Ruhrgebiet*, Essen 2004.

<sup>40</sup> Martin Greschat: *Industrialisierung, Bergarbeiterschaft und „Pietismus“*, in: *Hoffnung der Kirche und Erneuerung der Welt. Beiträge zu den ökumenischen, sozialen und politischen Wirkungen des Pietismus. Festschrift für Andreas Lindt zum 65. Geburtstag am 2. Juli 1985 (Pietismus und Neuzeit 11)*, Göttingen 1985, 177.

<sup>41</sup> Der folgende Abschnitt nach: Günter Brakelmann: *Ruhrgebiets-Protestantismus*, Bielefeld 1987, 85 f.

<sup>42</sup> Vgl. das Kapitel „Sonntagsarbeit in der Industrie“ bei Friedrich Heckmann: *Arbeitszeit und Sonntagsruhe. Stellungnahmen zur Sonntagsarbeit als Beitrag kirchlicher Sozialkritik im 19. Jahrhundert*, Essen 1986, 76–83.

Harpener Lebens<sup>43</sup> und war ein typischer Vertreter jener Kaufmanns-Großunternehmenschaft, die aus der deutschen Tradition einen „Zug zum Patriarchalismus“ besaß, was gleichermaßen „ihre positive Sozialpolitik wie ihre schroffe Haltung im Klassenkampf“ bestimmte.<sup>44</sup> So war der Ruhrbergbau durch ein „überaus hierarchisches und autoritäres Betriebssystem gekennzeichnet“, dessen Aufbau vom Generaldirektor über Bergwerksdirektoren, Obersteiger und Steiger bis zum Hauer und Bergarbeiter führte, „so daß den letzteren kaum Spielraum für eigenständiges Handeln blieb“.<sup>45</sup> Wenn es auch – anders als in den übrigen Industriezweigen – aufgrund differierender geologischer Bedingungen und des prinzipiell intransparenten Arbeitsablaufes nicht möglich war, die Arbeitsvorgänge bis in alle Einzelheiten exakt zu reglementieren, so bildete doch in Sprache, im Ton und in der Art der Sanktionsmittel das Militär das Modell für die Zechenorganisation (Zeitgenossen sprachen vom „Grubenmilitarismus“).<sup>46</sup> Im Arbeitsvollzug war der Bergmann bis auf kleine Einspruchs- und Mitspracherechte voll den Führungsprinzipien des Unternehmens unterworfen, denen er allenfalls durch einen Arbeitsplatzwechsel begegnen konnte – was neben den Lohn- und Wohnbedingungen ein weiterer Grund für die hohe Fluktuation der Arbeiter zwischen einzelnen Zechen war.<sup>47</sup> Dabei war das Arbeitssystem unter Tage für den Bergmann ein Spiegelbild des Gesellschaftssystems über Tage. Auch hier gehörte er zur „arbeitenden Schicht“ und damit zum breiten Fundament der bürgerlichen Klassengesellschaft. Im Ganzen erlebte, wie Günter Brakelmann in seinem Buch über den „Ruhrgebiets-Protestantismus“ resümiert, der Bergmann das Wilhelminische System, das zwar schon starke rechts- und sozialstaatliche Elemente besaß, als organisierte Form verweigerter gesellschaftlicher und politischer Emanzipation. Der Zentralwert dieser Gesellschaft war Arbeit; dass Leben Arbeit ist und dass Leben überhaupt nur möglich ist, wenn Arbeit da ist, prägte den Bergmann von Kindesbeinen an. Das Sozial-

<sup>43</sup> F. Mariaux: Gedenkwort (wie Anm. 24), 188-190.

<sup>44</sup> Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918. Erster Band: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, 253.

<sup>45</sup> F.-J. Brüggemeier: Leben vor Ort (wie Anm. 39), 75 f.

<sup>46</sup> Helmuth Trischler: Partielle Modernisierung. Die betrieblichen Sozialbeziehungen im Ruhrbergbau zwischen Grubenmilitarismus und Human Relations, in: Matthias Frese (Hg.): Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, 145-171, hier: 148; M. Greschat, in: Festschrift Lindt (wie Anm. 40), 182; F.-J. Brüggemeier: Leben vor Ort (wie Anm. 39), 75 f.

<sup>47</sup> Vgl. Claudia Hiepel: Arbeiterkatholizismus an der Ruhr. August Brust und der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, Stuttgart 1999, 19.

modell von oben und unten, von Befehlsgewalt und Unterordnung wurde ihm zur zweiten Natur.<sup>48</sup>

#### 4. Die Rolle der Kirche

Auch die Kirche gehörte zu den Institutionen, die den Bergmann zeit seines Lebens – „von der Wiege bis zur Bahre“ – zu erziehen gedachten. Das begann mit dem Religionsunterricht in der Schule, ging weiter mit dem Katechumenen- und Konfirmandenunterricht und geschah regelmäßig mit der sonntäglichen Verkündigung sowie im Rahmen anderer kirchlicher Veranstaltungen. Ungeachtet ihrer seelsorgerischen und sozialen Leistungen trat die Kirche auch als eine Lehr- und Erziehungseinrichtung in Erscheinung und vermittelte mit Hilfe des Katechismus die kirchliche Lehre und eine bestimmte Frömmigkeitspraxis. Der Pfarrer war nach Vater und Lehrer die dritte große männliche Autoritätsperson, und auch er behandelte das Problem der Arbeit und des Berufes, redete über den Arbeitsauftrag der Bibel an alle Menschen, sich die Erde untertan zu machen, und vom Sündenfall, durch den die Arbeit zu einer schweißtreibenden Sache geworden war. Der Pfarrer sprach im Sinne einer „Arbeitsheroisierungs-, Anpassungs- und Trosttheologie“ (G. Brakelmann) von der christlichen Pflicht zur Arbeit, vom Segen treuer Arbeit in dem Beruf, den man erlernt hatte. Schon der angehende Jungbergmann vernahm die Mischung aus Pflichtethik und Glücksverheißung durch den Adel der Arbeit. So heißt er in der „Arbeiterpredigt“ eines Pfarrers um die Jahrhundertwende: „Der Schweiß des Angesichts ist wie ein Gesundbrunnen für die Seele. Wenn er uns auf der Stirn perlt, dann haben wir weder Zeit noch Lust, an etwas Arges zu denken, dann hat das Böse hier drinnen im Herzen und draußen in der Welt für einen Augenblick seine Übermacht verloren; und wenn wir ihn uns am Feierabend von der Stirn wischen können, dann freuen wir uns der erquickenden Ruhe. Indem Gott der Herr den Menschen unter den Fluch harter, saurer Arbeit stellte, hat er ihn segnen, fürsorglich wie mit einer schützenden Mauer umgeben, für seine Freiheit eintreten wollen“.<sup>49</sup>

Die sog. „soziale Frage“ stellte auch um die Jahrhundertwende die größte innenpolitische Herausforderung des Wilhelminischen Kaiserreichs dar: Damals konzentrierte sich die Bevölkerung zunehmend auf die großen Städte, und in der neuen, kapitalistischen Massengesellschaft, die vom Kaiser – gestützt auf Adel und Militär – selbstherrlich

<sup>48</sup> G. Brakelmann: Ruhrgebiets-Protestantismus (wie Anm. 41), 85-88.

<sup>49</sup> Zit. n. ebd., 88 f.

regiert wurde, verschärften sich die sozialen Konflikte. Eigentümlich für das Kaiserreich im Blick auf die „soziale Frage“ war das durchgängige Nebeneinander von Repressionen gegenüber Arbeiterschaft und Sozialdemokratie und den vielfältigen Reformbestrebungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter.<sup>50</sup> Die „soziale Frage“ war allerdings, ob sich die Arbeiterschaft in das besitzbürgerliche System integrieren ließe. Was für die Arbeiter wünschenswert sei, thematisierte auch die Dortmunder Kreissynode im Mai 1905: „Es sind nicht Wohltaten, die dem Arbeiter aufhelfen; Wohltaten haben immer einen unangenehmen Beigeschmack. Was die Arbeiterschaft fördert, die Tag für Tag für den Lebensunterhalt sich müht und plagt, das ist, daß ihnen ihr Recht wird [...]. Wo frei das Recht gewährt wird, da wächst Vertrauen, da wird Neid und Haß überwunden, und der Arbeiter gibt wieder dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist“.<sup>51</sup> Wenngleich hier noch ein traditionales, kirchlich-orthodox und anti-modernistisch geprägtes Religions- und Lebensverständnis durchscheint, wird in der Öffnung zu den sozialen Herausforderungen der Zeit ein damals neuer, sozialkonservativer Typus kirchlicher Programmatik erkennbar. Idealtypisch betrachtet seien es, so Brakelmann, die Bergarbeiter- und Industriegemeinden gewesen, die man im Ruhrgebiet mehrheitlich zum großen Lager des Sozialkonservatismus rechnen konnte.<sup>52</sup> So heißt es Anfang des 20. Jahrhunderts in einem Kommentar zum Programm der sich in eben jenen Gemeinden bildenden evangelischen Arbeitervereine: „Wir stehen auf dem Grund des evangelischen Christentums. Wir bekämpfen darum die materialistische Weltanschauung, wie sie sowohl zu den Ausgangspunkten als zu den Agitationsmitteln der Sozialdemokratie gehört. Aber auch die Ansicht, daß das Christentum es ausschließlich mit dem Jenseits zu tun habe. Das Ziel unserer Arbeit sehen wir vielmehr in der Entfaltung seiner welterneuenden Kräfte in dem Wirtschaftsleben der Gegenwart“.<sup>53</sup> Das hier durchscheinende sozialkonservative Reformprogramm, das man mittel- und langfristig mit Hilfe des staatlichen Gesetzgebers und gegen die Interessen der Kapitalbesitzer durchsetzen wollte, handelte von mehr Alltagshumanität und mehr Teilhaberechten in der Arbeitswelt sowie von mehr gesellschaftlicher Gleichberechtigung durch kon-

<sup>50</sup> M. Greschat: Der deutsche Protestantismus im Kaiserreich (wie Anm. 30), 669. Vgl. auch Bettina Hitzer: Diagnose Vertrauensverlust. Großstadt, Zuwanderung und Kirche im deutschen Kaiserreich, in: Ute Frevert (Hg.): Vertrauen. Historische Annäherungen, Göttingen 2003, 185-212.

<sup>51</sup> Verhandlungen der Kreis-Synode Dortmund, 11.5.1905, 11.

<sup>52</sup> Günter Brakelmann: Ruhrgebietsprotestantismus – ein historischer Überblick, in: Kirche im Revier. Mitteilungen des Vereins zur Erforschung der Kirchen- und Religionsgeschichte des Ruhrgebiets e.V. 15/2002, 23 f.

<sup>53</sup> Zit. n. G. Brakelmann: Ruhrgebiets-Protestantismus (wie Anm. 41), 91.

sequente Staatstätigkeit.<sup>54</sup> – An der „sozialen Frage“ erfuhr der Protestantismus im Kaiserreich seine „Nagelprobe“: Die Antworten fielen von den Evangelischen Arbeitervereinen, über den Evangelisch-Sozialen Kongreß bis hin zum Nationalsozialen Verein – um nur einige Protagonisten zu nennen – recht unterschiedlich aus und verlagerten sich gegen Ende des Jahrhunderts zusehends in Richtung einer protestantischen Teilhabe an einem machtbewussten, imperialen Nationalismus.<sup>55</sup> In der Summe blieb der Protestantismus trotz seiner hier nicht weiter ausgeführten diakonischen und sozialreformerischen Aktivitäten „den Thronen näher als den industriellen Werkbänken“.<sup>56</sup>

## 5. Vom Seelsorgebezirk im Lüner Süden zur Kirchengemeinde Preußen

Um die Jahrhundertwende trat für die Kirche immer deutlicher die Herausbildung typischer Industriegemeinden zutage – durch das kontinuierliche Wachstum der Gemeindegliederzahlen, durch die unablässige Notwendigkeit zur Neuerrichtung und Erweiterung kirchlicher Gebäude, den Ausbau der Gemeindeeinrichtungen, durch die Errichtung neuer Pfarrstellen und durch die Abzweigung zu neuen Gemeinden.<sup>57</sup> Das Gebiet der späteren Kirchengemeinde Preußen gehörte kirchlich zu den Muttergemeinden Lünen (Lünen-Süd), Brechten (Gahmen) und (Kirch-)Derne (Kolonie Altenderne-Oberbecker, Mühlen- und Geroldstraße sowie Waldfreiheit kamen 1907 zu den bisherigen Seelsorgebezirken hinzu).<sup>58</sup> Die Finanzierung des kirchlichen Ausbaus erfolgte prinzipiell durch den Staat, von dessen Zuschüssen sowie mittlerweile von der staatlich erhobenen Kirchensteuer (als Zuschlag zur Einkommenssteuer)

<sup>54</sup> G. Brakelmann, in: Kirche im Revier 15/2002 (wie Anm. 52), 24 f.

<sup>55</sup> Vgl. dazu die Beiträge von Klaus Erich Pollmann, Kurt Nowak und Jochen-Christoph Kaiser in: Jochen-Christoph Kaiser/Wilfried Loth (Hg.): Soziale Reform im Kaiserreich. Protestantismus, Katholizismus und Sozialpolitik, Stuttgart 1997.

<sup>56</sup> Jürgen Stein: Zwischen Thron und Arbeitswelt. Die Evangelische Kirche und der Arbeitsschutz in den Jahren 1885–1905, in: Theodor Strohm/Jörg Thierfelder (Hg.): Diakonie im Deutschen Kaiserreich (1871–1918), Heidelberg 1995, 58–73, hier: 70.

<sup>57</sup> Verhandlungen der Kreis-Synode Dortmund, 2.11.1906, 12.

<sup>58</sup> LkA EKvW LB 163, 180; Kirchliches Amtsblatt (KABl) 1/1905, 1; vgl. 70 Jahre Ev. Kirchengemeinde Preußen (wie Anm. 27), 11. Umpfarrungsurkunde vom 15./17.11.1906 (zum 1.1.1907): Zur Kirchengemeinde Preußen hinzu kommen die Evangelischen der Landgemeinden Altenderne-Oberbecker und Altenderne-Niederbecker (in: Stadtarchiv Lünen 01.03., Nr. 30/28). Vgl. auch Evangelische St.-Johannes-Baptist-Kirche Dortmund-Brechten, hg. von der Evangelischen Kirchengemeinde Brechten, Dortmund 1992.

die Kirche traditionell lebte. Im Wortsinne „bezahlt“ machte sich bei der Schaffung einer kirchlichen Infrastruktur aber auch das Engagement der örtlichen Bergwerksgesellschaften. Diese waren nach dem eben Ausgeführten nicht nur nach dem Ansiedlungsgesetz zur Kostenbeteiligung rechtlich verpflichtet, sondern besaßen auch ein eigenes Interesse an einer funktionierenden kirchlichen und religiösen Versorgung und Disziplinierung ihrer Arbeiter und Angestellten. Zum einen wurde in der Industrialisierung immer auch ein sittliches Gefährdungspotenzial gesehen, wenn zum Beispiel aus Derne, wo die Gewerkschaft Gneisenau dominierte, schon vor der Jahrhundertwende über die „ungenügende Beachtung der polizeilichen Verordnungen, über die Dauer des Wirtshausbesuches, der öffentlichen Lustbarkeiten und Tanzmusiken“ geklagt wurde. „Der Trunksucht und Völlerei werde dadurch Vorschub geleistet. Verbrechen und Körperverletzungen seien dadurch an der Tagesordnung“.<sup>59</sup> Zum anderen war der Bergbau in jener Zeit auch von diversen sozialen Sprengkräften gekennzeichnet (und von diesen in seinen möglichst reibungslosen betriebswirtschaftlichen Abläufen bedroht): von einer heterogenen Zusammensetzung der Belegschaften, von einer extrem hohen Mobilität und Fluktuation, vom Weiterbestehen religiöser und landsmannschaftlicher Unterschiede und Abhängigkeiten, von der Herausbildung neuer politischer und gewerkschaftlicher Organisationsformen und schließlich von großen Streiks.<sup>60</sup>

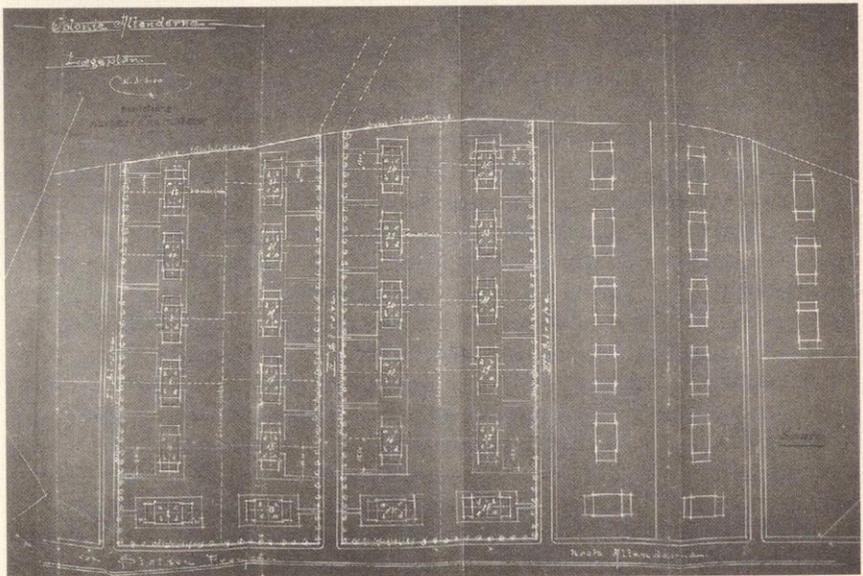
Anders als beispielsweise in Methler, wo sich damals die Evangelischen aus Husen und Courl gemeindlich organisierten, hat man beim Blick auf die Entwicklung im Lüner Süden nicht den Eindruck, als habe sich die Zechenleitung dagegen gesperrt, ihren rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.<sup>61</sup> Im Gegenteil: Vielen kirchlichen Unterstützungsanträgen wurde rasch nachgekommen, und beim Kirchbau erwies sich Harpen sogar regelrecht als „Motor“ der Planungen. Nachdem die Kirchengemeinde Lünen im Kirchenkreis Dortmund bei der Harpener Bergbau AG Ende Oktober 1901 um die Gewährung eines Beitrages zu den Kosten der Errichtung eines Betsaales (verbunden mit einer Kleinkinderschule) für die bei der Zeche Preußen I wohnenden Bergleute nachgesucht hatte, erklärte sich diese im November 1901 bereit, „den auf dem beiliegenden Lageplan bezeichneten Platz [siehe Abb. unten] als Bauplatz für den Betsaal zu schenken, sowie weiter einen Beitrag zu den

<sup>59</sup> Zit. n. 100 Jahre Evangelische Kirchengemeinde in Eving 1895–1995, hg. vom Presbyterium der Evangelischen Kirchengemeinde Eving-Lindenhorst, Eving 1995, 27.

<sup>60</sup> F.-J. Brüggemeier: *Leben vor Ort* (wie Anm. 39), 76.

<sup>61</sup> 100 Jahre Evangelische Kirchengemeinde Husen-Kurl 1904–2004, hg. von der Evangelischen Kirchengemeinde Husen-Kurl, Dortmund 2004, 25.

Baukosten von 3.000 Mk. zu zahlen, sobald mit dem Bau des Betsaales begonnen wird“.<sup>62</sup> Anfang 1902 bot die Harpener Bergbau AG dann der Kirchengemeinde Lünen an, anstelle der Beihilfe zum Bau des Betsaales „eine Kleinkinderschule mit grösseren Schulräumen für die Abhaltung des Gottesdienstes bei Zeche ‚Preussen I‘, neben dem geschenkten Kirchplatz zu erbauen“. Zudem wollte man für die Anstellung eines Hilfsgeistlichen bis auf Weiteres einen jährlichen Betrag von 1.000 Mark zahlen, „in der Hoffnung, dass damit am frühesten die Schaffung einer eigenen Kirchengemeinde Gahmen ermöglicht wird“.<sup>63</sup> Die Bildung einer selbständigen Gemeinde war kirchlicherseits allerdings „zur Zeit nicht beabsichtigt“, wie der Dortmunder Superintendent daraufhin klarmachte.<sup>64</sup>



Die Praxis der unternehmerischen „Raumbildung“:  
Lageplan (1901) der Kolonie Altenderne zwischen Kirchplatz (links)  
und Schule (rechts), LkA EKvW 4,86-725.

<sup>62</sup> Harpener Bergbau AG an Presbyterium Lünen (Pfr. Frey), 12.11.1901, in: LkA EKvW 4,86-725.

<sup>63</sup> Harpener Bergbau AG an Presbyterium Lünen (Pfr. Landgrebe), 28.1.1902, in: LkA EKvW 4,86-725.

<sup>64</sup> Sup. Schlett an Presbyterium Lünen, 8.5.1902, in: LkA EKvW 4,86-456.

Gleichwohl wurden die Evangelischen in Gahmen, Lünen-Süd und Waldfreiheit noch 1902 in einem Seelsorgebezirk vereinigt, verblieben aber parochial ihren Gemeinden zugehörig. Der Bezirk wurde von einem Hilfsprediger versorgt, der dem Pfarrer in Brechten unterstand und dessen Besoldung nicht nur aus den Zinsen des von der Zeche gezahlten Kolonie-Abfindungskapitals, sondern auch aus den Stolgebühren des neuen Bezirkes und den dort anfallenden Kirchensteuern aufgebracht wurde. Der erste Hilfsprediger Ernst Beckmann (seit 1.6., offiziell seit 1.7.1902) wohnte zunächst in Gahmen, dann in Lünen-Süd und hielt regelmäßigen Gottesdienst in der Friedrichschule der Kolonie Altenderne-Oberbecker. Der Gottesdienst wurde anfangs nur von wenigen Evangelischen besucht,<sup>65</sup> zumal die „Wege zur Kirche oft recht weit und schlecht [waren], so daß viele, schon innerlich der Kirche entfremdet, noch weniger zur Anbetung Gottes mit der Gemeinde kommen“, wie der zweite Hilfsprediger, der am 1. Oktober 1902 nach Gahmen versetzte Friedrich Mendel (1871–1947), konstatieren musste.<sup>66</sup> Ein „Festtag“ sollte allerdings die Einweihung der Kleinkinderschule am Reformationstag 1902 werden. Mendel berichtet: „Morgens wurden zwei Schwestern in ihr neues Amt als Kleinkinderschulschwester und Gemeindegeweschwester eingeführt, nachmittags fand ein Familienfest statt“.<sup>67</sup> Wie beabsichtigt war dieser Kindergarten an der Neuen Kolonie in Altenderne-Oberbecker durch die Harpener Bergwerksgesellschaft errichtet und bei seiner Eröffnung auch als gottesdienstliche Stätte geweiht worden. Zu diesem Zwecke konnten die Räume durch Schiebetüren zu einem größeren Saal verbunden werden.<sup>68</sup> Dennoch erwiesen sich die Räumlichkeiten bald als zu klein und ungenügend, so dass der Bau einer Kirche dringend notwendig erschien. Bereits vor Einweihung des Kindergartens hatte Hilfsprediger Mendel namens des Harpener Generaldirektors Robert Müser von Generalsuperintendent D. Nebe, der auch Vorsitzender des Gustav-Adolf-Vereins war, einige „Pläne über Kapellenbauten in englischem Stile“ erbeten, die der Gustav-Adolf-Verein damals kostenlos verteilte.<sup>69</sup>

Vor der Errichtung einer Kirche stand allerdings die Errichtung einer Kirchengemeinde im neuen Hilfspredigerbezirk auf der Agenda. Anfangs herrschte jedoch nicht völlige Sicherheit über die Zuständigkeit des Hilfspredigers: So monierte der Lüner Pfarrer Frey namens seines

<sup>65</sup> LkA EKvW LB 163, 178.

<sup>66</sup> Bericht des Hilfspredigers Mendel über seine Tätigkeit vom 1.12.1901 bis dahin 1902, 27.11.1902, in: LkA EKvW 1 alt/1018.

<sup>67</sup> Ebd.

<sup>68</sup> LkA EKvW LB 163, 178; Presbyteriumssitzung 31.10.1902, in: LkA EKvW 4,86-872.

<sup>69</sup> Mendel an Nebe, 20.10.1902, in: LkA EKvW 1 alt/1018.

Presbyteriums, dass in einer Verfügung (vom 15.1.1903) nur von einem Seelsorgebezirk „Gahmen u. s. w.“ die Rede sei, andererseits die Dienstanweisung von Hilfsprediger Mendel aber deutlich mache, „daß ihm auch die Seelsorge von Lünen-Süd obliegt“.<sup>70</sup> Ende Januar 1903 bat das Lünener Presbyterium das Königliche Konsistorium in Münster als obere landeskirchliche Behörde, „über den jezigen Stand der Dinge in Lünen-Süd genaue Auskunft zu geben und die Befugnisse des neuen Seelsorgers dem Presbyterium zur Kenntnis zu bringen“.<sup>71</sup> Denn nicht nur die Lünener Pfarrer, sondern auch die Gemeindeglieder in Lünen-Süd verlangten vom Konsistorium Klarheit darüber, „ob der Bezirk Lünen-Süd schon jetzt der Seelsorge des Herrn Hilfspredigers Mendel untersteht“, wie es dessen Dienstanweisung ausführte, oder ob die parochialen Rechte und Pflichten der Lünener Pfarrer gegenüber den „Eingesessenen“ in Lünen-Süd noch bestünden.<sup>72</sup> Dass sich das Lünener Presbyterium und das Münsteraner Konsistorium über diesen Punkt zunächst einmal verständigen mussten, lag daran, dass sich Lünen (vermutlich aus finanziellen Gründen) der Zuweisung von Lünen-Süd an den neuen Seelsorgebezirk verweigerte. Es ging dabei um 700 bis 800 Gemeindeglieder in Lünen-Süd, meist Zecharbeiter. Eine Kompensationslösung für den Gebietsverlust wurde rasch gefunden, als Konsistorialrat Hildebrand mündlich erklärte, dass die Kirchengemeinde Lünen gleichsam als Entschädigung für Lünen-Süd den Bezirk Altlünen (i. e. Wethmar und Nordlünen) hinzu erhalten werde.<sup>73</sup> Sodann gab das Lünener Presbyterium „seine Weigerung auf, entsprechende Teile im Süden an den neuen Hilfspredigerbezirk Gahmen-Neue Kolonie abzutreten“.<sup>74</sup> Es setzte allerdings voraus, „daß die zwischen Lünen, Lünen-Süd und Gahmen in Aussicht genommenen Grenzen innegehalten werden und das Presbyterium zu Lünen gegenüber den Dienstverrichtungen des neuen Seelsorgers (Prüfung der Konfirmanden) dieselben Rechte erhält wie die Presbyterien der beiden Gemeinden Brechten und Derne“.<sup>75</sup>

Lünen pochte hier also noch auf sein Parochialrecht, demzufolge der kirchliche Dienst an den in der Gemeinde wohnenden Glaubensgenossen ausschließlich dem zum Dienst an der Gemeinde berufenen Pfarrer zustand. Die Gemeindeglieder standen somit grundsätzlich unter Parochialzwang. Gleichwohl war nunmehr eine wichtige Hürde auf dem Weg zur Errichtung einer selbständigen Kirchengemeinde im Lünener

<sup>70</sup> Pfr. Frey an Sup. Schlett in Brechten, 9.3.1903, in: LkA EKvW 4,86-456.

<sup>71</sup> Sitzung 30.1.1903, in: LkA EKvW 4,86-872.

<sup>72</sup> Pfr. Frey an Sup., 9.3.1903, in: LkA EKvW 4,86-456.

<sup>73</sup> Sitzung 30.1.1903, in: LkA EKvW 4,86-872.

<sup>74</sup> Sitzung 3.12.1902, in: LkA EKvW 4,86-872.

<sup>75</sup> Pfr. Frey an Sup., 9.3.1903, in: LkA EKvW 4,86-456.

Süden genommen. Und so fasste das Königliche Konsistorium im Juni 1903 den Beschluss, die Errichtung einer selbständigen Kirchengemeinde einzuleiten und schlug dafür eine räumliche Abgrenzung der Bezirke „Lünen-Süd, Gahmen, Neue Colonie“ vor,<sup>76</sup> mit der sich das Presbyterium in Lünen einstimmig einverstanden erklärte. Die neue Kirchengemeinde sollte in Übereinstimmung mit der örtlichen, 1896 durch die Harpener Bergbau AG gebauten Bahnstation<sup>77</sup> den Namen „Preußen“ tragen. Es kursierten, wie gesehen, immer wieder unterschiedliche Bezeichnungen für den Seelsorgebezirk. So spricht das Konsistorium in einem Aktenstück vom Sommer 1903 von der „Bildung einer Kirchengemeinde Lünen Süd-Gahmen“.<sup>78</sup> Am 29. September 1903 stimmten dann die evangelischen Einwohner der aus den Gemeinden Brechten, Derne und Lünen abzweigenden Bezirke (Ortschaft Gahmen, Kolonie Altenderne-Oberbecker und Lünen-Süd) ihrer Auspfarung und Vereinigung zu einer Kirchengemeinde zu. Im Presbyterium der Kirchengemeinde Lünen wurde der Name der „entstehenden Kirchengemeinde Preußen“ erstmals Mitte März 1904 aktenkundig, als man deren Gemeindegebiet um „das ganze linke Ufer der Seseke“ erweiterte.<sup>79</sup> Die Dortmunder Kreissynode kündigte dann kurz vor der Gemeindegründung an: „Die Errichtung einer neuen aus Bezirken von Lünen, Brechten und Derne zusammenzuführenden Kirchengemeinde mit dem Namen Preußen wird erwartet“.<sup>80</sup> Damals wurde Mendel als ordinierter Hilfsprediger in „Lünen-Süd-Gahmen-Altenderne-Oberbecker“ angesprochen.<sup>81</sup>

<sup>76</sup> „Aus der Kirchengemeinde Lünen, bzw. der Stadtgemeinde Lünen werden der neuen Kirchengemeinde zugewiesen: das östlich und südlich der Parzelle No. 193, Flur 6 der Gemeinde Lünen, südlich der Sedanstraße und Saarbrückerstraße, sowie der Parzelle No. 929/34 derselben Flur belegene Gebiet nebst den an der nördlichen Seite dieser Straßen bebauten oder noch zu bebauenden Grundstücke“ (Sitzung 17.6.1903, in: LkA EKvW 4,86-872).

<sup>77</sup> Der von der Harpener Bergbau AG mit Genehmigung der Eisenbahnverwaltung gebaute Bahnhof Preußen diente in erster Linie als Güterbahnhof für die beiden Zechen Preußen I in Gahmen und Preußen II in Horstmar. Bis 1896 hatte es auf dem Lünen Stadtgebiet nur den Hauptbahnhof gegeben, der wie der Preußenbahnhof an der 1874 eröffneten Eisenbahnlinie Dortmund-Lünen liegt (frdl. Auskunft von Fredy Niklowitz, Stadtarchiv Lünen).

<sup>78</sup> KglK an Sup. Schlett, 30.6.1903, in: LkA EKvW 4,86-456.

<sup>79</sup> „Da der Hilfsprediger aus der entstehenden Kirchengemeinde Preußen einen erheblichen Teil unseres südlichen Bezirkes bedient, soll zum südlichen Bezirk vom 1. April [1904] an außer dem bisherigen Gebiet das ganze linke Ufer der Seseke (also die ganze Dortmunder und ganze Viktoriastraße) hinzu kommen“. – Sitzung 15.3.1904, in: LkA EKvW 4,86-872; vgl. auch ebd. die Sitzung vom 30.9.1904.

<sup>80</sup> Verhandlungen der Kreis-Synode Dortmund, 1.11.1904, 9.

<sup>81</sup> Ebd., 12.

Wichtigstes Kriterium für die Vorbereitung der Gemeindegründung war die Feststellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des neuen kirchlichen Gemeinwesens: Der Dortmunder Landrat bat Anfang November 1903 um einen diesbezüglichen Nachweis der von der Gemeindegründung tangierten Kirchengemeinden Brechten und Derne. „Ferner bedarf es einer Aeußerung über die wirtschaftliche Lage der neu zu bildenden Kirchengemeinde Preußen“.<sup>82</sup> Aus der ersten daraufhin erstellten „Nachweisung über die Besitz-, Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Mitglieder der neu zu bildenden evangelischen Kirchengemeinde ‚Preußen‘“ ergab sich dann allerdings „die bedauerliche Tatsache, daß die Steuerkraft der neuen Gemeinde im Jahre 1903 gegenüber der vom Jahre 1902“ um rund ein Fünftel zurückgegangen sei.<sup>83</sup> Das Konsistorium in Münster zeigte sich angesichts des im Vorjahr nicht unwesentlichen Bevölkerungswachstums doch einigermaßen überrascht von diesem Rückgang der Steuerkraft. Es bat die zuständige staatliche Behörde daher um Prüfung, „ob nicht etwa infolge der eigentümlichen Begrenzung der neuen Kirchengemeinde einzelne steuerkräftige Mitglieder in der Nachweisung irrtümlicherweise unberücksichtigt geblieben sind, und die Nachweisung entsprechend ergänzen zu lassen, sowie sich über die vorstehenden Erwägungen über Aufbringung des Einnahmeausfalles zu uns zu äußern“.<sup>84</sup> Die Nachprüfung der Steuerbeträge der Evangelischen in Lünen-Süd ergab sogar einen noch größeren Steuerausfall als bisher vermutet. Sämtliche Beträge seien somit „seit dem Vorjahr bedeutend zurückgegangen“.<sup>85</sup> Der gegenüber dem Haushaltsplan nunmehr zu befürchtende Einnahmeausfall in Höhe von etwa 500 Mark jährlich konnte nach Ansicht des Konsistoriums nur „durch vermehrte Umlage oder durch Erhöhung des aus den Zentralkassen zu erbittenden Dotationskapitales bis auf 30.-32.000 M ausgeglichen werden“.<sup>86</sup> Die Harpener Bergbau AG wurde an dieser Stelle nicht ins Spiel gebracht, sondern erst wieder, als im Sommer 1904, wie in anderen selbst-

<sup>82</sup> Verfügung des Dortmunder Landrats betr. die Bildung der evgl. Kirchengemeinde Preußen, 2.11.1903, in: Stadtarchiv (StA) Lünen 01.03., Nr. 30/28 (Special-Acta des Bürgermeister-Amtes zu Lünen betreffend: Die Gründung einer neuen evgl. Pfarrgemeinde Preußen Vol I, 1903-1907, Archiv-Akten 337).

<sup>83</sup> Von 5.120 Mark auf 4.173 Mark laut Schreiben des KglK Münster an die Königliche Regierung Arnsberg vom 5.2.1904 (Abschrift), in: ebd.

<sup>84</sup> Ebd. – Die Königliche Regierung Arnsberg leitete die Anfrage am 12.2.1904 an den Landrat mit Bitte um genaue Prüfung weiter.

<sup>85</sup> Im Rechnungsjahr 1902 waren die Steuerbeträge der evangelischen „Eingesessenen“ in Lünen-Süd nur mit rund 3.700 Mark anzugeben, wie der Amtmann zu Kirchderne am 17.2.1904 den Bürgermeister in Lünen resp. die Königliche Regierung Arnsberg informierte (in: ebd.).

<sup>86</sup> Schreiben des KglK Münster an die Königliche Regierung Arnsberg vom 5.2.1904, in: StA Lünen 01.03., Nr. 30/28.

ständig betreuten Bezirken, das Gehalt für den Hilfsprediger von 1.500 Mark auf 1.800 Mark erhöht werden sollte. Harpen lehnte das Ersuchen, etwas zur Erhöhung des Hilfspredigergehaltes beizutragen, „im Hinblick auf die bisher schon gewährten hohen Zuschüsse“ allerdings ab. Und auch das Lünen Presbyterium sah sich angesichts der damals drohenden, unten noch zu erläuternden Austrittsbewegung „zur Zeit außerstande, Mittel für diesen Zweck zu bewilligen“.<sup>87</sup> Die Finanzierung sämtlicher mit der Gemeindegründung einhergehender Kosten war also trotz der Präsenz der potenten Bergwerksgesellschaft keineswegs einfach, sondern für die Beteiligten ein besonderer Kraftakt.

Die erfreulichen Erfahrungen überwogen damals dennoch, wenn Hilfsprediger Mendel etwa vermerkt: „Der Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes in hiesigem Seelsorgebezirk hat sich bedeutend gehoben. Während in der Anfangszeit der hiesigen Tätigkeit etwa nur 14 Gottesdienstbesucher zu zählen waren, sind es deren jetzt durchschnittlich 70 bis 80, an Festtagen ist die Zahl natürlich noch höher. Auch die evangelischen Eingesessenen aus dem südlichen Stadtteil von Lünen haben sich jetzt schon mehr gewöhnt in das Dorf Altenderne zur Kirche zu kommen. Sonst kann es auch nicht Aufgabe der Predigtseelsorge sein die enge Pforte weit zu machen, um dadurch mehr Kirchgänger anzulocken. Nur fehlt noch eine musikalische Kraft, um noch die Gottesdienste durch Chorgesänge reicher auszugestalten“.<sup>88</sup> Die Evangelischen in Lünen-Süd wuchsen in dieser Zeit aber offenbar mehr und mehr zu einer Gemeinde zusammen. Durch Zuweisung eines Teils der Bauerschaft Gahmen sowie durch den bereits früher genehmigten Anschluss der Gemeinde Alt-Lünen an die Kirchengemeinde Lünen verlor diese damals im Endeffekt nur rund 400 Gemeindeglieder.<sup>89</sup> Die kirchlichen Oberbehörden genehmigten am 21. Dezember 1904 die Errichtung der evangelischen Kirchengemeinde Preußen mitsamt einer Pfarrstelle. Die vom Konsistorium und von der Regierung in Arnsberg ausgestellte Errichtungsurkunde, in der auch noch einige – die Steuergemeinde Lünen, die Landgemeinde Gahmen sowie die Kolonie Altenderne-Oberbecker betreffende – Umpfarrungen vorgesehen waren, trat zum 1. Februar 1905 in Kraft.<sup>90</sup> – Nach der Gemeindegründung erwählte die

<sup>87</sup> Beschlüsse vom Juli 1904 (Abschriften), in: LkA EKvW 4,86-456.

<sup>88</sup> Bericht des Hilfspredigers Mendel über seine Tätigkeit vom 1.12.1903 bis dahin 1904, 30.11.1904, in: LkA EKvW 1 alt/1018.

<sup>89</sup> Verhandlungen der Kreis-Synode Dortmund, 1.11.1904, 12.

<sup>90</sup> KABl 1/1905, 1 f.; Urkunde in: LkA EKvW 4,86-456, sowie als Abschrift in: StA Lünen 01.03., Nr. 30/28. – Durch die Gemeindegründung stieg die Zahl der Gemeinden im Kirchenkreis Dortmund im Jahr 1905 auf 22 mit damals insgesamt knapp 160.000 evangelischen Einwohnern. Die Zahl der Gemeindeglieder der e-

Gemeindevertretung in ihrer ersten Sitzung am Sonntag Quasimodogeniti (30.4.1905) den bisherigen Hilfsprediger Mendel einstimmig zum ersten Pfarrer der jungen Gemeinde,<sup>91</sup> „nachdem das Königliche Konsistorium in Ueberwindung starker Hemmnisse der Pfarrstelle in dieser Gemeinde den Weg geebnet hatte“.<sup>92</sup> Am 9. Juli 1905 trat Pfarrer Mendel in einem feierlichen Einführungsgottesdienst in das Pfarramt ein.<sup>93</sup>

## 6. Der Kirchbau als äußere Gemeindegründung

Der preußische Minister der geistlichen Angelegenheiten hatte sich anlässlich der Gemeindegründung bereit erklärt, der Kirchengemeinde zur Deckung eines Fehlbetrages in der Pfarrkasse ein staatliches Dotationskapital in Höhe von 10.000 Mark zu bewilligen, während der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin ein gleich hohes Kapital aus landeskirchlichen Mitteln bereitstellte. Hier galten dieselben Konditionen wie in anderen Fällen, beispielsweise bei der etwa zeitgleich gegründeten und ebenfalls zum Harpener Wirtschaftsraum gehörenden Evangelischen Kirchengemeinde Husen-Kurl.<sup>94</sup> Die Harpener Bergbau AG engagierte sich auch weiterhin finanziell beim Gemeindeaufbau Preußens: Dabei verhandelten kirchliche Stellen zunächst über die von ihr bereits vor der Jahrhundertwende als Abfindung für die Errichtung der Kolonieranlage („alte Colonie“) in Lünen-Süd gezahlten Mittel in Höhe von 2.340 Mark. Das Konsistorium schlug im Januar 1903 vor, dieses „Häusergeld“ für einen in Lünen-Süd seitens der Harpener Gewerkschaft projektierten Kirchbau einzusetzen. Das Presbyterium wünschte hingegen deren Verwendung als Grundstock „für einen für den neuen Seelsorgebezirk Lünen-Süd, Neue-Colonie, Gahmen zu bildenden Pfarrfonds“.<sup>95</sup> Nur für den Fall, dass „dieses zur Zeit nicht zugänglich erscheine, soll die Summe für den projektierten Kirchbau bereit gestellt werden [...]. Die Auszahlung soll aber erst nach Vollendung des Rohbaus der projektierten Kirche erfolgen“.<sup>96</sup> Nicht zuletzt, um diesen finanziellen Vorbehalten zu begegnen, gründete man kurz darauf, am 1. Februar 1903, einen Kirchbauverein für das Gebiet Neue Kolonie, Lünen-Süd und Gahmen. Oberster

vangelischen Kirchengemeinde Preußen betrug: 2.153 (1903), 2.260 (1905), 2.400-3.000 (1906), 3.200 (1908), 3.511 (1909), 3.750 (1912), 4.346 (1929).

<sup>91</sup> LkA EKvW 1 alt/1018 (Personalakte Friedrich Mendel).

<sup>92</sup> Verhandlungen der Kreis-Synode Dortmund, 11.5.1905, 15.

<sup>93</sup> Verhandlungen der Kreis-Synode Dortmund, 2.11.1906, 15.

<sup>94</sup> 100 Jahre Evangelische Kirchengemeinde Husen-Kurl (wie Anm. 61), 37 f.

<sup>95</sup> Sitzung 12.1.1903, in: LkA EKvW 4,86-872.

<sup>96</sup> Sitzung 9.1.1903, in: LkA EKvW 4,86-872.

Zweck eines solchen Kirchbauvereins, zu dessen Versammlungen in Lünen-Süd mehrfach auch Familienabende stattfanden,<sup>97</sup> war die Kollektierung von Mitteln für die Bauplanung und -ausführung. Der Kirchbau selbst galt als äußeres Zeichen für die Existenz einer gläubigen Christengemeinde am Ort. Dass es jedoch auch örtliche Widerstände und Leben jenseits der christlichen Gemeinschaft gab, berichtet Hilfsprediger Mendel zur selben Zeit: Er bemerke auch viel Unglauben, „oft in der graßesten Form, in Verbindung mit sittlicher Verwilderung – wollten doch Erwachsene trotz Vorhaltungen die versäumte Taufe nicht nachholen, hat mir kürzlich noch ein Vater eines Mädchens, das ich zu unterrichten habe, gesagt: ‚ich hoffe, daß meine Tochter, wenn sie einmal 17 Jahre alt ist, nicht mehr das glaubt, was Sie ihr jetzt lehren‘, bekannte mir doch eine Frau, daß ihr Mann ihr mit Schlägen gedroht habe, wenn sie den Gottesdienst besuche“. Es sei in seinem Bezirk trotz dieser Erfahrungen andererseits auch „nicht zu verkennen, daß ein Häuflein sich gesammelt hat, das nichts sehnlicher begehrt, [als] daß hier ein Gotteshaus bald erstehn möge zum Preise des herrlichen Namen unsers Gottes, namentlich da bei größerem Besuch die Luft in unserm Betsaale bald sehr schlecht ist, und häufiger schon schwächlichere Personen ohnmächtig wurden, auch die katholische Gemeinde Lünen neben unserem Betsaal Kirche und Schule im Rohbau beinahe vollendet hat“.<sup>98</sup>

Im Oktober 1905 – die staatliche Genehmigung zum Kirchbau war zwar beantragt, aber noch nicht erteilt worden – legte Pfarrer Mendel dem Bürgermeister von Lünen einen ausführlichen Bauplan sowie einen Kostenvorschlag für den Kirchbau vor. Aus Kostengründen sollte der Kirchturm „vorläufig nicht ausgeführt“ werden.<sup>99</sup> Die Realisierung des Kirchbauwunsches wurde der nach eigener Auffassung bedürftigen und „zum allergrößten Teil aus hinzugezogenen Bergleuten“ bestehenden Gemeinde dann nicht zuletzt dadurch ermöglicht, „daß der Generaldirektor der Harpener Bergbaugesellschaft, Kommerzienrat Müser, zur Errichtung einer selbständigen Kirchengemeinde ein Baukapital von

<sup>97</sup> Bericht des Hilfspredigers Mendel über seine Tätigkeit vom 1.12.1903 bis dahin 1904, 30.11.1904, in: LkA EKvW 1 alt/1018.

<sup>98</sup> Mendel an den Vorsitzenden des Ausschusses für Kirchliche Gemeindepflege in Münster, 23.11.1903, in: LkA EKvW 1 alt/1018. – Das im März 1906 erstmals belegte und Ende Juli 1906 – „unter Beihilfe der Harpener Bergbaugesellschaft“ (Verhandlungen der Kreis-Synode Dortmund, 2.11.1906, 13) – offiziell erworbene Friedhofsgrundstück gehörte übrigens zur Hälfte der katholischen Kirchengemeinde Lünen; vgl. LkA EKvW LB 163, 9, 179; vgl. Vertrag zwischen Harpener Bergbau A.G. und den beiden Kirchengemeinden vom 6.3.1906, in: LkA EKvW 2 alt/4736.

<sup>99</sup> Pfarrer Mendel an Bürgermeister Becker (Lünen), 30.10.1905, in: StA Lünen 01.03., Nr. 30/28.

25.000 M, einen Bauplatz und auf 10 Jahr jährlich zum Pfarrgehalt 2.000 M bereitstellte".<sup>100</sup> Laut Finanzierungsplan sollte der Kirchbau ohne Turm die Summe von 70.000 Mark nicht überschreiten. Neben der von Harpen in Aussicht gestellten Bausumme in Höhe von 25.000 Mark plante die Kirchengemeinde eine Anleihe in Höhe von 27.000 Mark zu machen. Durch diese Anleihe würde der Haushaltsplan der Gemeinde, der neben einer Kirche auch noch ein Pfarrhaus und ein Friedhof fehlten, immerhin im Plus abschließen. Den weiteren Fehlbetrag hoffte sie sodann durch Kollekten aufbringen zu können, da eine Erhöhung der Kirchensteuer „der sozialistischen Propaganda, gegen welche die Gemeinde schon schwer genug zu kämpfen hat, eine neue Handhabe sein und neue Unzufriedenheit hervorrufen“ würde.<sup>101</sup> Die Hoffnung auf Kollektenerträge erfüllte sich damals jedoch nicht. Seitens des Konsistoriums wurde die erhoffte Kirchenkollekte nicht bewilligt und damit auch eine Hauskollekte für kirchliche Zwecke unmöglich gemacht. Zwar war der Oberpräsident, der eine solche Hauskollekte zu genehmigen hatte, „nicht abgeneigt, die zu Gunsten des Neubaus einer Kirche in der evangelischen Kirchengemeinde Preußen beantragte Hauskollekte für das Jahr 1907 in Aussicht zu nehmen, sofern inzwischen eine Kirchenkollekte stattgefunden hat und deren Ertrag zur Deckung des Fehlbetrages unzureichend gewesen ist“.<sup>102</sup> Da jedoch diese Bedingung nicht erfüllt werden konnte, zog die Kirchengemeinde schließlich ihren Antrag auf Bewilligung einer Hauskollekte zurück.<sup>103</sup> Die Kreissynode Dortmund unterstützte zwar später im Jahr 1906 noch den Bittantrag der Gemeinde Preußen um Kirchen- und Hauskollekte und um die Ge-

<sup>100</sup> LkA EKvW LB 163, 178 f.; vgl. LkA EKvW 2 alt/4729 (Bitte um Genehmigung einer Hauskollekte, 13.8.1905). – Der seit der Kirchengemeindegründung 1905 gewährte, zunächst auf zehn Jahre festgesetzte jährliche Zuschuss in Höhe von 2.000 Mark wurde von der Harpener Bergbaugesellschaft noch bis zum 1.4.1923 weiter gezahlt (LkA EKvW LB 163, 46). EOK an den Regierungspräsidenten zu Arnberg, 17.11.1905: „Wir haben der evangelischen Kirchengemeinde Preußen behufs Gewährung eines Zuschusses zum Grundgehalt an den dortigen Pfarrer Mendel auf die Zeit vom 9. Juli bis Ende Dezember 1905 eine Beihilfe von 143 M 55 Pf [...] bewilligt. Wegen Gewährung einer gleich hohen Beihilfe aus Staatsfonds ergeht seitens des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten besondere Verfügung“ (StA Lünen 01.03., Nr. 30/28).

<sup>101</sup> Pfarrer Mendel an Bürgermeister Becker (Lünen), 16.11.1905, in: StA Lünen 01.03., Nr. 30/28.

<sup>102</sup> Regierungspräsident in Arnberg (Gisevius) an den Landrat in Dortmund, 18.1.1906, in: StA Lünen 01.03., Nr. 30/28.

<sup>103</sup> Mitteilung Mendel (KG Preußen) an Bürgermeister in Lünen, 5.8.1906, in: StA Lünen 01.03., Nr. 30/28.

währung einer außerordentlichen Unterstützung,<sup>104</sup> kalkulierte den Kirchbau jedoch ohne diese erhofften Mittel: „Es sind vorhanden für Kirche und Pfarrhausbau ein Baukapital (in Aussicht gestellt von der Harpener Bergbau-Gesellschaft 28000 Mk., von derselben für unbestimmte Zeit jährlich 1000 Mk., ergibt ein Gesamtkapital von 48000 Mk.), dazu 900 Mk. von der Provinzialsynode 1905 und die Mietsentschädigung für den Pfarrer. Es fehlen noch 45000 Mk. nach Abrechnung von Turm und Orgel“.<sup>105</sup> So musste schließlich doch – neben einer Anleihe bei der Landesbank der Provinz Westfalen<sup>106</sup> – mittels der Kirchensteuer der Fehlbetrag verringert werden: Für das Rechnungsjahr 1907 wurden „50% der Einkommensteuer als Kirchensteuer erhoben“.<sup>107</sup> Die Harpener Bergbau-AG schenkte der jungen Kirchengemeinde (am 15.6.1906) neben ihrem Anteil an der Baufinanzierung auch den größeren Teil (46,4 Ar) eines Bauplatzes. Vom Kirchbauverein erhielt die Gemeinde den übrigen Teil des Kirchgrundstückes zum Geschenk.<sup>108</sup> Es wurde Zeit für den Bau.

Denn mittlerweile stand auch der katholischen Pfarrei in Lünen-Süd „schon seit Jahren ein großes Gotteshaus zur Verfügung“.<sup>109</sup> Man begründete den Kirchbau allerdings nicht nur konfessionell, sondern auch sozialpolitisch: „Es dürfte die Förderung des Kirchbaues auch mit dazu beitragen den sozialen Frieden zu fördern und vielen durch eine materialistisch-ungläubige Zeitströmung in ihrem Glauben wankend Gewordenen einen festen sittlichen Halt im evangelischen Glauben zu ge-

<sup>104</sup> „Die Seelenzahl der Gemeinde beträgt 2400, die Grundsteuer der Evangelischen 60 Mk., die Gesamtsteuer 6329 Mk.“ (Verhandlungen der Kreis-Synode Dortmund, 2.11.1906, 13).

<sup>105</sup> Verhandlungen der Kreis-Synode Dortmund, 2.11.1906, 13.

<sup>106</sup> An finanziellen Belastungen bestand seit dem 10.6.1907 (Schuldverschreibung des Presbyteriums) eine Bauschuld in Höhe von 40.000 M bei der Landesbank Westfalen (Münster), die zu 4,1% verzinst wurde bei einer halbjährlichen Tilgung von 9/10 Prozent. Diese Anleihe bei der Landesbank der Provinz Westfalen wurde durch Rückzahlung des Betrages von 53.400 Mark am 15.9.1923 getilgt (LkA EKvW LB 163, 2, 65 f.).

<sup>107</sup> Regierungspräsident Arnsberg (Gisevius) an den Bürgermeister in Lünen, 7.3.1907: Genehmigung eines Beschlusses der vereinigten Gemeindeorgane der Kirchengemeinde Preußen vom 24. Februar 1907, in: StA Lünen 01.03., Nr. 30/28. LkA EKvW LB 163, 9.

<sup>108</sup> LkA EKvW LB 163, 9.

<sup>109</sup> Presbyterium Preußen an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Schreiben betr. Genehmigung einer Hauskollekte bei den Evangelischen der Provinz Westfalen für den Kirchbau der ev. KG Preußen, 10.8.1906, in: LkA EKvW 2 alt/4729. – Die katholische Pfarrkirche Heilige Familie wurde 1903/04 erbaut; vgl. Von der Vielzahl zur Einheit (wie Anm. 18), 82.

ben“.<sup>110</sup> Schließlich erwartete man „durch den Betrieb der neuen Zeche Preußen II eine bedeutende Vermehrung der Arbeiterschaft auch für unsere Gemeinde in naher Aussicht“.<sup>111</sup> 1906 verlautbarte die Kreissynode, dass das Gebiet von Preußen „durch neue Abtretungen von der Kirchengemeinde Derne (Waldfreiheit und Mühlenstraße) eine neue Ausdehnung erhalten“ wird. „Der neue Zuwachs an Seelen und die Ausdehnung des Bezirks überhaupt stellt bei der Entwicklungsfähigkeit der Gemeinde ihr Heranwachsen zu einer volkreichen großen Gemeinde in Aussicht, für welche dann aber eine geistliche Kraft nicht mehr ausreichen wird. Bei Aufstellung des Kirchbauprojekts wird hierauf Rücksicht zu nehmen sein“.<sup>112</sup> Zwei Beschlüsse der größeren Vertretung der evangelischen Kirchengemeinde Preußen vom 14. August 1905 und vom 7. Oktober 1906 über den Kirchbau in Preußen wurden dann Mitte Februar 1907 durch das Königliche Konsistorium und auch „von Staatsaufsichtswegen“ genehmigt.<sup>113</sup> Nach der Grundsteinlegung am 9. Juni 1907 konnte die neu errichtete und auch mit einem Turm ausgestattete Evangelische Kirche zu Preußen am 6. Dezember 1908 eingeweiht werden.<sup>114</sup> Der Kirchbau lag an der Ecke der Jägerstraße Lünen und der I. Straße Neue Kolonie Altenderne-Oberbecker. Dem Presbyterium oblag die Unterhaltung des Gebäudes.<sup>115</sup> Das sieben Monate später fertiggestellte Pfarrhaus mit Konfirmandensaal lag in der Gemeinde Altenderne-Oberbecker an der I. Straße der Kolonie.<sup>116</sup>

<sup>110</sup> Presbyterium Preußen an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Schreiben betr. Genehmigung einer Hauskollekte bei den Evangelischen der Provinz Westfalen für den Kirchbau der ev. KG Preußen, 10.8.1906, in: LkA EKvW 2 alt/4729.

<sup>111</sup> Ebd.

<sup>112</sup> Verhandlungen der Kreis-Synode Dortmund, 2.11.1906, 12.

<sup>113</sup> Regierungspräsident Arnsberg an den Landrat in Dortmund, 16.2.1907 (Abschrift), in: StA Lünen 01.03., Nr. 30/28.

<sup>114</sup> Unsere Gemeinde. 75 Jahre Evangelische Kirchengemeinde Preußen 1905–1980, 11. Generalsuperintendent Zöllner hielt die Weiherede zu Lukas 21,33 („Himmel und Erde werden vergehen, aber meine Worte vergehen nicht“), dem Vers, den auch die Kaiserin in die Altarbibel geschrieben hatte (vgl. LkA EKvW LB 163, 179).

<sup>115</sup> Der Ziegelbau in Kreuzform war 30,51 Meter lang und maß an der breitesten Stelle 17,80 Meter; vgl. den Erläuterungsbericht zum Bau der evangelischen Kirche zu Preußen vom 12.3.1907 sowie Statistische Berechnungen zum Kirchbau, in: StA Lünen 01.03., Nr. 30/33 (Special-Acta des Bürgermeister-Amtes zu Lünen betreffend Neubau einer evgl. Kirche der Gemeinde Preußen).

<sup>116</sup> LkA EKvW LB 163, 3, 65 f., 85 f., 105. – Kirchengemeindeamtliche Baugenehmigung des KglK vom 7.9.1907; Fertigstellung zum 1. Juli 1908; 1954 vollständig renoviert; vgl. Unterlagen zum Pfarrhausbau, Statik, Pläne sowie Bauerlaubnischein der Polizei-Verwaltung Derne vom 7.2.1908 für das Presbyterium Preußen auf dessen Gesuch vom 25.9.1907 zum Neubau eines Pfarrhauses in der Gemeinde Altenderne-Oberbecker, in: StA Lünen 60/121 (Amt Derne, Bau-Akten Lünen, Ev. Gemeinde Preußen, Jg. 1908).

## 7. Das kirchliche Leben

Beim Gemeindeaufbau im Industriegebiet spielten seit den 1880er Jahren große evangelische Vereine eine zentrale Rolle. Die vielfältigen Vereinsgründungen im 19. Jahrhundert waren Ausdruck einer zunehmenden Verbürgerlichung der Gesellschaft und Kompensation für eine verwehrt politische Partizipation. Dieser Entwicklung konnte sich auch die traditionell auf den Staat hin orientierte evangelische Kirche nicht entziehen. Die Entfaltung des Vereinswesens fiel zusammen mit dem Erwachen kirchlicher Aktivität in den Gemeinden.<sup>117</sup> Neben dem Kirchbau-Verein erfolgte im selben Jahr 1903 auch die Gründung des evangelischen Frauenvereins „Neue Kolonie“.<sup>118</sup> Dieser erfreute sich „reger Beteiligung“.<sup>119</sup> „Zu dem Kirchbau-Verein und Frauen-Verein, der jetzt wieder von Herrn Kommerzienrat Müser in Dortmund mit einer Gesamtgabe von 800 Mark (einschließlich 300 Mark für die Verwahrschule) bedacht wurde, ist noch ein Jungfrauen-Verein hinzugekommen; ein Blau-Kreuz-Verein ist noch in der Bildung begriffen“, teilt Hilfsprediger Mendel Ende 1903 mit.<sup>120</sup> 1904 vermerkt er in seinem Jahresbericht: „Zu den schon bestehenden Vereinen, welche sich lebensfähig erwiesen haben, Frauen-Verein, Kirchbau-Verein, Jungfrauen-Verein, sind noch ein Kindergottesdienst, welcher von 180 Kindern und darüber besucht wird, und neuerdings ein Jünglings-Verein gekommen, zu dem sich die jungen Leute freiwillig meldeten. Auch werden alle Vierteljahr die Konfirmierten noch einmal versammelt. Das Blaue Kreuz hat hier noch keinen rechten Fuß fassen können. Neuerdings machen sich auch die Sekten bemerkbar. Namentlich die Neu-Irvingianer oder apostolische Gemeinde suchen oft in sehr aufdringlicher Weise die Leute aus ihren Häusern in ihre Versammlungen zu ziehen, welche in Lünen-Süd abgehalten werden. Der bisherige Erfolg ihres religiösen Treibens war der, daß zwei Familien, welche schon früher zu ihnen gehörten, wieder zur evangelischen Kirche zurückkehrten und ihre Kinder wieder in den Unterricht schickten. Dagegen ist es ihnen gelungen einen jungen Mann in der Kolonie Altenderne mit ihrer bibelfeindlichen Lehre zu bestriicken. [...] Auch zwei Familien sind nach empfangenem Unterricht aus der katholi-

<sup>117</sup> Jochen-Christoph Kaiser: Art. Kirchliche Vereine und Verbände, in: Evangelisches Kirchenlexikon, Band 2, Göttingen <sup>3</sup>1989, 1267-1272, hier: 1268; Brakelmann/Jähnichen/Friedrich: Kirche im Ruhrgebiet (wie Anm. 22), 41.

<sup>118</sup> Unsere Gemeinde 75 Jahre (1980), 10. Die gedruckten Statuten des Vereins liegen dem Archiv der Evangelischen Kirchengemeinde Preußen vor.

<sup>119</sup> Bericht des Hilfspredigers Mendel über seine Thätigkeit vom 1.12.1901 bis dahin 1902, 27.11.1902, in: LkA EKvW 1 alt/1018.

<sup>120</sup> Mendel an den Vorsitzenden des Ausschusses für Kirchliche Gemeindepflege in Münster, 23.11.1903, in: LkA EKvW 1 alt/1018.

schen in die evangelische Kirche übergetreten. Bei den Mischehen ist die evangelische Trauung und evangelische Taufe durchgehend vorherrschend<sup>121</sup>. Am 21. April 1907 gründete Pfarrer Friedrich Mendel einen Arbeiter- und Bürgerverein, den Vorläufer des Evangelischen Männerdienstes.<sup>122</sup>

Daneben organisierte sich am Rande der offiziellen Kirche die Gemeinschaftsbewegung. Ihr ging es um Bekehrung, persönliche Heiligung, missionarische Aktivitäten in der Umwelt und insbesondere um Zusammenhalt und gegenseitige religiöse Stärkung.<sup>123</sup> So haben sich masurische Männer und Frauen, die aus ihrer ostpreußischen Heimat eine spezifische biblisch-lutherische Frömmigkeit mitgebracht hatten, in einem Evangelisch-ostpreußischen Gebets-Verein mit dem Sitz in Lünen-Süd zusammengefunden.<sup>124</sup> Ostpreußische Gebetsvereine, die eine besondere Aktivität entfalteten, hatten seit den 1880er Jahren schon in der Heimat bestanden. Auch dort zeichneten sich die evangelisch-lutherischen Masuren durch eine tiefe Frömmigkeit aus, die sie auch im Revier beibehielten und so insbesondere in den gemeindeunabhängigen Gebetsvereinen artikulierten. Sie sorgten für ein Gefühl der Geborgenheit, hier kannte man einander, sprach dieselbe Sprache oder denselben Dialekt, pflegte dieselben Mentalitäten, konnte sich also in gewissem Maße zuhause fühlen.<sup>125</sup> Hilfsprediger Mendel charakterisierte das Verhältnis zum „Ostpreußischen Gebetsverein“ in der angehenden Kirchengemeinde Preußen als ein schon traditionell „sehr gutes“:<sup>126</sup> Der Gebetsverein, „welcher sich treu zur Kirche hält und an der hl. Abendmahlsfeier teilnahm“, stellte in dem „Dunkel von viel Gottesverachtung und direkter Abkehr von Gottes Wort“ aus seiner Perspektive einen „Lichtblick“ dar.<sup>127</sup>

Bis etwa zur Jahrhundertwende waren die Einwanderer aus dem Osten aufgrund ihrer Sprache von der einheimischen Bevölkerung stark isoliert. Zur Betreuung dieser Gruppen wurden seit Mitte der 1880er Jahre nach und nach eigene masurische Seelsorger, sog. „Synodalvika-

<sup>121</sup> Bericht des Hilfspredigers Mendel über seine Tätigkeit vom 1.12.1903 bis dahin 1904, 30.11.1904, in: LkA EKvW 1 alt/1018.

<sup>122</sup> Unsere Gemeinde 75 Jahre (1980), 10.

<sup>123</sup> Martin Greschat: Christentums-geschichte II. Von der Reformation bis zur Gegenwart, Stuttgart 1997, 206.

<sup>124</sup> 70 Jahre Ev. Kirchengemeinde Preußen (wie Anm. 27), 11; vgl. LkA EKvW 0/169 I u. II (Ev. Polen und Masuren, 1909–1913), hier: Bd. II, 463 f.

<sup>125</sup> M. Greschat, in: Festschrift Lindt (wie Anm. 40), 181.

<sup>126</sup> Bericht des Hilfspredigers Mendel über seine Tätigkeit vom 1.12.1903 bis dahin 1904, 30.11.1904, in: LkA EKvW 1 alt/1018.

<sup>127</sup> Bericht des Hilfspredigers Mendel über seine Thätigkeit vom 1.12.1901 bis dahin 1902, 27.11.1902, in: LkA EKvW 1 alt/1018.

re“, ins Ruhrgebiet geschickt.<sup>128</sup> Vielfach bildeten die polnisch sprechenden Einwanderer dann mit ihren zuständigen masurischen Pastoren eine fast familienhaft geschlossene Einheit.<sup>129</sup> Zudem existierten vielfach massive soziale Vorurteile gegenüber Bergleuten aus dem Osten. Wenn gleich man die Gebetsvereine durchaus nicht nur als Rückzugsgebiet aus dem Alltagsleben betrachten darf, so sahen sich die wachsenden und neugegründeten Kirchengemeinden im Ruhrgebiet gleichwohl vor die Aufgabe gestellt, diese zum Teil auch landsmannschaftlich stark geprägten Menschen zu integrieren. Viele dieser erwecklichen Gemeinschaften, die als Laienbewegung strukturiert waren und zwischen denen es wiederum Konkurrenzen gab, standen in kritischer, z. T. ablehnender Haltung zur Landeskirche (sie sind damit die Vorläufer der heute in und neben den traditionellen Kirchen stehenden Landeskirchlichen Gemeinschaften).

Welchen Inhalt und welche Bedeutung aber besaß die erwecklich-evangelikale Frömmigkeit der Gemeinschaftsbewegung für das Leben des Bergmannes?<sup>130</sup> Typisch mag die Aussage eines Bergmannes – im Jahr 1912 39 Jahre alt und Vater von vier Kindern – zum Problem der allgemein geringen Wertschätzung seiner Arbeit sein: „Meine Sünden drücken mich mehr als mein geringer Lohn die kann niemand gut machen die haben die Hände und Füße unsers Heilandes durchbohrt. Ich bin meinem Arbeitsgeber sehr dankbar das er mir Brot giebt denn es heißt im Worte Gottes jeder Mann sei unterthan der Obrichkeit die Gewalt hat“.<sup>131</sup> Dieser Zusammenhang von Bibelwort, Sündenbewusstsein und dem Vertrauen auf Christi Genugtuung durch seinen Tod am Kreuz ist charakteristisch für die pietistische Frömmigkeit der Gemeinschaftsbewegung. Bei der erwecklich-evangelikalen Theologie und Frömmigkeit der ostdeutschen Neubürger im Ruhrgebiet ging es um ein betont personales Glaubensverständnis. Aber es war ein Glaube, der keineswegs einfach auf das Jenseits vertröstete. Vielmehr befähigte er, die Schwere der Arbeit und überhaupt die Härten eines Bergarbeiterdaseins zu bestehen.<sup>132</sup> – Die verfasste Kirche und auch die Synodalen des Dortmunder Kirchenkreises interessierten sich damals für diese Zusammenhänge zwischen dem religiösen und dem Alltagsleben nicht. Skeptisch, besorgt

<sup>128</sup> Brakelmann/Jähnichen/Friedrich: Kirche im Ruhrgebiet (wie Anm. 22), 40.

<sup>129</sup> O. Mückeley: Masurische Seelsorge (wie Anm. 12), 198.

<sup>130</sup> Zum Folgenden: M. Greschat, in: Festschrift Lindt (wie Anm. 40), 184-189.

<sup>131</sup> Zit. n. ebd., 186.

<sup>132</sup> Ebd., 186 f. Vgl. zur „Theologie der Gemeinschaftsbewegung“ das entsprechende Kapitel bei Jörg Ohlemacher: Das Reich Gottes in Deutschland bauen. Ein Beitrag zur Vorgeschichte und Theologie der deutschen Gemeinschaftsbewegung, Göttingen 1986, 191-198.

oder rundweg ablehnend beobachteten sie eine Frömmigkeitsform, deren Ausdruck und Gestalt ihnen zutiefst fremd waren. Dementsprechend bemühte man sich, diese Menschen mitsamt ihrer Frömmigkeit umzuerziehen. Oberflächlichkeit und Zuchtlosigkeit wurde ihnen vorgeworfen, Unstetigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber der kirchlichen Sitte und insgesamt die Abneigung, sich der Form des „Deutschtums“ unterzuordnen.<sup>133</sup> 1910 haben die Presbyterien Dortmunds die Berufung von masurischen Gemeindepflegern und Predigern abgelehnt. „Man sagt“, so vermerkt es die Kreissynode, „die Masuren schätzen ihren Gemeindehelfer gering, er sei ja selbst früher ein Arbeiter gewesen. [...] Es wird auch nur eine Frage der Zeit sein, bei der Vorliebe der jüngeren Generation in der Aneignung der deutschen Sprache, daß die Masuren, sofern sie sich an unsere Gottesdienste anschließen, völlig in dieselbe aufgehen“.<sup>134</sup>

Die Kirchengemeinde Preußen war just zu jenem Zeitpunkt ins Leben getreten, als der große Bergarbeiterstreik das Ruhrgebiet erschütterte: Der von der Stinnes-Zeche Bruchstraße in Langendreer ausgehende Streik, der nach vier Wochen Mitte Februar 1905 abgebrochen wurde, erreichte immerhin eine Novellierung des preußischen Berggesetzes, das nun die obligatorische Einrichtung von gewerkschaftlichen Arbeiterschüssen auf Zechen mit mehr als hundert Beschäftigten vorschrieb.<sup>135</sup> Für „nicht geringe Erregung“ sorgte speziell in der Dortmunder Kreissynode zudem die Nachricht, „daß mehrere Zechen hiesiger Gegend stillgelegt, bei anderen der Betrieb wesentlich eingeschränkt werden solle“.<sup>136</sup> „Die Zeitlage ist ernst, aber hoffnungsreich“, konstatierte die Kreissynode damals.<sup>137</sup> Bereits in seinem Jahresbericht für 1903 schrieb Hilfsprediger Mendel: „Wenn Christ sein heißt Kämpfer sein, so gilt das namentlich auch von einer Arbeit, die durch fortwährenden Zuzug aus den verschiedensten Gegenden des Vaterlandes und des Auslandes erschwert und vom Unglauben auf Schritt und Tritt angefochten wird. Da muß täglich das Gebet zu dem allmächtigen Helfer aufsteigen um Mut und Kraft, um Geduld und Liebe zu den Brüdern“.<sup>138</sup>

Für die innere Entwicklung der jungen Gemeinde erwies sich allerdings „die starke Agitation der Freidenkerbewegung, welche von der

<sup>133</sup> M. Greschat, in: Festschrift Lindt (wie Anm. 40), 183f.

<sup>134</sup> Verhandlungen der Kreis-Synode Dortmund, 1.11.1910, 11.

<sup>135</sup> Brakelmann/Jähnichen/Friedrich: Kirche im Ruhrgebiet (wie Anm. 22), 25; G. Brakelmann: Ruhrgebiets-Protestantismus (wie Anm. 41), 63-83.

<sup>136</sup> Verhandlungen der Kreis-Synode Dortmund, 1.11.1904, 7.

<sup>137</sup> Verhandlungen der Kreis-Synode Dortmund, 11.5.1905, 10.

<sup>138</sup> Mendel an den Vorsitzenden des Ausschusses für Kirchliche Gemeindepflege in Münster, 23.11.1903, in: LkA EKvW 1 alt/1018.

Sozialdemokratie unternommen wurde, [als] sehr schädigend“ (21 Austritte im Jahr 1908).<sup>139</sup> Das Freidenkertum, in dem sich Humanisten ohne religiöse Bindung zusammenfanden, wurde damals als treibende Kraft der Austrittspropaganda angesehen. Dahinter sah man die SPD als „Strippenzieherin“, wengleich die Parteiführung bemüht war, einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen ihrer Politik und der Austrittsbewegung zu bestreiten.<sup>140</sup> Die Religion werde, so meinte man unter den sozialdemokratischen Führern hingegen, von selbst absterben. Allgemein trat in jener Zeit um 1900 im Protestantismus die Erosion der traditionellen Kirchlichkeit offen zutage. Die innere Abkehr vom Christentum setzte sich in Teilen des Bürgertums sowie in der Arbeiterschaft fort. Erst unter diesen Voraussetzungen führten die ab 1904 zu beobachtenden, spontan anwachsenden Massenausritte, die dann seit 1911, besonders in Berlin, von einigen Sozialdemokraten gezielt organisiert wurden, zum Erfolg.<sup>141</sup> In Lünen wurde eine sozialdemokratische „Hausagitation“ von einem ansässigen Parteisekretär systematisch betrieben.<sup>142</sup> Hilfsprediger Mendel beschreibt die Lage vor Ort Anfang des Jahrhunderts wie folgt: „Freilich wird Gottes Wort als solches nicht immer aufgenommen, namentlich hier unter einer Arbeiterbevölkerung, welche systematisch durch sozialdemokratische Propaganda verhetzt ist. Dazu kommt, daß das viele Umherziehe manchen der ruhigen Arbeit entwöhnt hat“.<sup>143</sup> Gleichwohl blieben die Freidenker organisatorisch schwach. Und trotz freidenkerischer, sozialistischer Propaganda verblieb die weit überwiegende Mehrheit der Arbeiter formal der Kirche zugehörig und pflegte die kirchlichen Passageriten. 1910 sah die Dortmunder Kreissynode die im Jahr zuvor „scharf einsetzende sozialdemokratisch-freidenkerische Austrittsbewegung aus der Landeskirche“ bereits wieder im Abflauen begriffen. In Preußen traten sieben Personen aus, darunter ein „Knabe von 14 Jahren“.<sup>144</sup> 1911 war die Zahl der Austritte zu den Freidenkern weiter zurückgegangen (auf 5 Fälle), was Pfar-

<sup>139</sup> LkA EKvW LB 163, 181.

<sup>140</sup> Jochen-Christoph Kaiser: Freidenkertum und kirchliche Apologetik im Ruhrgebiet, in: Kirche im Revier 15/2002, 13; vgl. Jochen-Christoph Kaiser: Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik: Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik, Stuttgart 1981.

<sup>141</sup> Vgl. Klaus Wappler: Die Kirchengaustrittsbewegungen bis zum Ersten Weltkrieg, in: Joachim Rogge/Gerhard Ruhbach (Hg.): Die Geschichte der Evangelischen Kirche der Union, Band 2: Die Verselbständigung der Kirche unter dem königlichen Summepiskopat (1850-1918), Leipzig 1994, 429-439, hier: 434 ff.

<sup>142</sup> LkA EKvW LB 163, 181.

<sup>143</sup> Bericht des Hilfspredigers Mendel über seine Tätigkeit vom 1.12.1901 bis dahin 1902, 27.11.1902, in: LkA EKvW 1 alt/1018.

<sup>144</sup> Verhandlungen der Kreis-Synode Dortmund, 1.11.1910, 8.

rer Mendel zu dem Schluss kommen ließ: „Es kommt vielen zum Bewußtsein, daß die Kirche Christi nicht auf einmal zu zerstören ist, und sie werden ruhiger“.<sup>145</sup> Insgesamt lässt sich sagen, dass freidenkerisches Gedankengut, Aktivitäten der entsprechenden Verbände und die Kirchengaustrittsbewegung vor 1914 im Ruhrgebiet nur bedingt Fuß fassen konnten. Der militante Atheismus der formal Austretenden stieß in der Arbeiterschaft auf wenig Resonanz.<sup>146</sup> Die Einschätzung der Kreissynode Bochum lautete damals: „Trotz der großen Gleichgültigkeit, welche die Arbeiter nach dem Vorbild der Gebildeten und Besitzenden gegen die evangelische Kirche äußerlich an den Tag legen, sind sie noch keineswegs als kirchenfeindlich oder religionslos anzusehen“.<sup>147</sup>

## 8. Kirchengemeindliche Existenz und Existenznöte

Wenn es auch für die Preußen-Zechen nur eingeschränkt zutrifft, so verlief die Entwicklung der Förderung, wie die Förderziffern und die Belegschaftszahlen ausweisen, in vielen Zechen bis zum Ersten Weltkrieg keineswegs geradlinig. Konjunktur und Absatzlage, betriebliche Innovationen oder Störungen, die Wagengestellung der Eisenbahn und auch das Arbeitskräftepotenzial sorgten für Zu- und Abnahmen der Förderung. Bei Preußen I war zunächst ein steiler Anstieg der Förderziffern zu verzeichnen. 1903/04 – als sich der Bergbau im Allgemeinen in der sog. „Jahrhundertwendenkrise“ (1900-1904) befand – ging die Förderung dann erstmalig ein wenig zurück, um in den folgenden Jahren ständigen Schwankungen unterworfen zu sein. Betriebliche Gründe waren hierfür die Hauptursache (Reparaturen an der Hauptfördermaschine, Grubenbrand, Streik).<sup>148</sup> Die im Geschäftsjahr 1903/04 fertiggestellte Schachanlage Preußen II kam hingegen erst nach längerem Vorlauf richtig in Gang. Sie durfte nicht sofort in Förderung treten, weil das 1893 gegründete Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat wegen des flauen Absatzes allgemein die Lieferquoten gesenkt hatte.<sup>149</sup> So wurden die wenigen Bergleute auf Preußen II mit Aufschließungsarbeiten in der Grube beschäftigt; die dabei anfallende Kohleförderung diente anfangs

<sup>145</sup> LkA EKvW LB 163, 182.

<sup>146</sup> Vgl. T. Nipperdey: *Deutsche Geschichte I* (wie Anm. 44), 504.

<sup>147</sup> J.-C. Kaiser, in: *Kirche im Revier 15/2002* (wie Anm. 140), 14.

<sup>148</sup> *Leben mit Gneisenau* (wie Anm. 6), 286 f.

<sup>149</sup> Vgl. Dietmar Bleidick: *Das Verhältnis des staatlichen Bergbaus im Ruhrgebiet zum Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat (RWKS) vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Westfälische Forschungen 50/2000*, 261-292, hier: 264.

ausschließlich dem eigenen Verbrauch.<sup>150</sup> Gleichzeitig sank im Zuge der Nordwanderung des Kohlebergbaus dessen Produktivität. Der immer tiefere Abbau und die langen Transportwege erwiesen sich zunehmend als schwierig und konnten durch den technischen Fortschritt nur mit Mühe kompensiert werden: Die Arbeitsproduktivität im Ruhrkohlebergbau wuchs zwischen 1900 und 1913 nur um insgesamt sechs Prozent.<sup>151</sup> Die Zechen im Einzugsgebiet der Kirchengemeinde Preußen waren gleichwohl noch rentabel. Als zwischen 1910 und 1914 der Lippe-Seiten-Kanal gebaut wurde, ließ die Harpener Bergbau AG im Horstmarer Bezirk der Kirchengemeinde Derne ein eigenes Hafenbecken errichten, von wo aus dann die auf den Schachtanlagen Preußen I und II geförderten Kohlen zu den Hauptabsatzorten verschifft wurden.<sup>152</sup>

Die äußere Erweiterung der Kirchengemeinde Preußen resultierte aus einem zweiten Ausbau der Kolonie Altenderne-Oberbecker. Der erste Ausbau fand 1910 statt und erstreckte sich von der zweiten Koloniestraße geradeaus in einer Straße der Mühlenstraße zu. Bereits 1907 war allerdings der Ausbau von 26 Häusern durch Harpen geschehen. Sah sich die Kirchengemeinde damals noch in der Lage, „in Anbetracht der reichlichen Unterstützungen, welche der Kirchengemeinde Preußen seitens der Harpener Bergbau-Gesellschaft zu Dortmund zu Teil geworden sind“, auf die normalerweise anfallende Abfindung zu verzichten, so sah sie sich vier Jahre später aus „Sorge für die Zukunft“ genötigt, „bei dem bevorstehenden weiteren Ausbau der Kolonie Altenderne-Oberbecker für das Jahr 1912 eine Abfindung von 75 M für die Familie zu fordern“.<sup>153</sup> Dieser zweite Ausbau im Jahr 1912 schloss sich an die vierte Koloniestraße an und umfasste vierzig Vierfamilienhäuser und ein Mehrfamilienhaus. Aufgrund der Erweiterung der Kolonie ist der Gemeinde durch den Kreisausschuss des Kreises Dortmund-Land schließlich eine „Kolonieabfindung“ in Höhe von immerhin 50 Mark für jede Familienwohnung zugesprochen worden, eine Summe, „welche der stark belasteten und wenig leistungsfähigen Gemeinde wohl zu statten kommt“.<sup>154</sup> Damals war das nördliche Ruhrgebiet immer noch von einem starken Bevölkerungszuzug aus dem Osten gekennzeichnet. 1910 lebten 28 Prozent der preußischen Staatsangehörigen im Rheinland und

<sup>150</sup> Leben mit Gneisenau (wie Anm. 6), 287.

<sup>151</sup> T. Nipperdey: Deutsche Geschichte I (wie Anm. 44), 227; vgl. auch H.-U. Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 3. Bd., 636.

<sup>152</sup> Hugo Schulz: Horstmar. Die Geschichte des Dorfes und der Evangelischen Kirchengemeinde, o. O. 1966, 35.

<sup>153</sup> Auszug aus dem Protokollbuch über die Sitzung der größeren Gemeindevertretung der KG Preußen am 13.9.1911, in: LkA EKvW 2 alt/4734.

<sup>154</sup> LkA EKvW LB 163, 182 f.

in Westfalen, in den Ostprovinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Pommern hingegen nur noch 19 Prozent; 60 Jahre zuvor war das Verhältnis noch beinahe umgekehrt gewesen! Im Ruhrgebiet war damals jeder zweite Bewohner nicht an dem Ort geboren worden, an dem er jetzt lebte. Über 600.000 Menschen waren zwischen 1880 und 1907, der Zeit des ersten deutschen Wirtschaftswunders, dorthin zugewandert. Dabei gilt es die hohe Fluktuation zu beachten: Denn mit der gewaltigen Bevölkerungsverschiebung vom Nordosten Deutschlands in den Westen war eine immense Mobilität innerhalb des rheinisch-westfälischen Industriegebietes verbunden, die sich auch auf der lokalen Ebene der Städte und Gemeinden registrieren ließ. So gab es zwischen 1880 und 1907 nicht nur die genannte Anzahl Zuwanderer, sondern ebenso Abwanderer: 300.000 Menschen verließen in diesen dreißig Jahren Westfalen wieder, was auch als Indiz für die nicht immer attraktiven Wohn- und Arbeitsverhältnisse gewertet werden kann. Im Jahr 1907 kamen im Ruhrgebiet auf 100 Arbeiter 127 Zu- und Abgänge, 1910 waren es 98, 1913 sogar 147.<sup>155</sup> Mit dieser Dynamik der in der Summe also wesentlich größeren Zuwanderung konnten die Kommunen keineswegs Schritt halten. Es fehlte nicht nur an der gesamten Infrastruktur aus Straßen, Schulen und anderen Einrichtungen, sondern schon am nötigsten Wohnraum.<sup>156</sup> Die neu errichteten attraktiven Koloniebauten sorgten hier insofern für die notwendige Abhilfe. Das Wohneigentum der Bergwerksgesellschaften – als Basis für deren patriarchalische Aktivitäten zu verstehen – erreichte im nördlichen Ruhrgebiet europäische Höchststände: Am Vorabend des Ersten Weltkriegs lebten im Norden von Dortmund und Recklinghausen 60 bis 70 Prozent der Bergleute in Zechenwohnungen, im Fall der Harpener Schachanlage Kurl sogar 80 Prozent.<sup>157</sup> In die schönen Bergmannssiedlungen im nördlichen Ruhrgebiet zog es vor allem die Masuren. Hier war die Umgebung, wie in Lünen, noch ländlicher und ihrer Heimat ähnlicher. Hier konnten sie sich einen kleinen Garten anlegen, Kleinvieh halten und hatten überdies noch kürzere Wege zu ihren Zechen.<sup>158</sup>

Es folgten die Kriegs- und Krisenjahre seit 1914/18. Auf der zur Harpener Bergbau AG gehörenden Zeche Victoria in Lünen probten Ar-

<sup>155</sup> Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft 1856–1936 (wie Anm. 23), 165.

<sup>156</sup> M. Greschat, in: Festschrift Lindt (wie Anm. 40), 176 f.

<sup>157</sup> Joël Michel: Bergarbeiter-Kommunen und Patriarchalismus in Westeuropa vor 1914, in: Klaus Tenfelde (Hg.): Sozialgeschichte des Bergbaus im 19. und 20. Jahrhundert, München 1992, 62.

<sup>158</sup> O. Mückeley: Masurische Seelsorge (wie Anm. 12), 207 f.

beiter 1918/1919 die Revolution gegen den örtlichen Zechendirektor.<sup>159</sup> Weitere Harpen-Zechen, darunter Preußen I und Preußen II, solidarisierten mit der Belegschaft der Schachanlage Victoria, forderten die „Sozialisierung“ ihrer Zeche, betonten dabei zugleich den Willen zur Aufrechterhaltung der Kohleförderung. Wenngleich die meisten Forderungen nicht durchgesetzt werden konnten, konnten die Produktion in dieser Zeit gehalten und sogar gesteigert werden und die von der Harpener Bergbau AG angedrohte Zechenstilllegung abgewendet werden. Im Frühjahr 1920 war Lünen-Süd dann im Zuge des Kapp-Lüttwitz-Putsches Kampfgebiet, als süddeutsche Reichswehrtruppen gegen Kommunisten resp. die Rote Ruhrarmee vorgingen und diese vertrieben. Während der französischen Ruhrbesetzung (Februar 1923 bis Oktober 1924) verlief die Grenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Teil längs der Bahnlinie teilweise durch die Gemeinde.<sup>160</sup> Gleichwohl war die Lage, insbesondere die Versorgungslage, in dieser Zeit der galoppierenden Inflation aufgrund der Arbeitsmöglichkeit auf den Zechen vergleichsweise besser als andernorts. Die allgemeinen Krisenjahre nahmen dann ihren Fortgang, als viele Gemeindeglieder durch die Stilllegung der Zechen Preußen I und Preußen II in den Jahren 1926 und 1929 in große Not gerieten. Die Zechen der großen Harpener Bergbau AG können dabei als exemplarisch für den gesamten Ruhrbergbau gelten: „On these mines, the same inordinate expansion of the labor force during the postwar inflation years, and the increasing effects of efficiency and rationalization in the later 1920s took place“.<sup>161</sup> Trotz neuer Konkurrenten auf dem Weltmarkt und des daraus resultierenden weltweiten Überangebots an Steinkohle nach dem Ersten Weltkrieg hielt der Ruhrbergbau weiter an seinen hohen Kapazitäten und seiner Exportquote fest. Lediglich die unrentabelsten Schachanlagen wurden stillgelegt.<sup>162</sup> Die Zeche Preußen I in Gahmen traf dieses Schicksal am 3. April 1926 und die Zeche Preußen II in Horstmar am 30. Juni 1929. Die Wirtschaftskrise hatte somit schon weit vor jenem „schwarzen Freitag“ im Oktober 1929 eingesetzt. Wenngleich die sich anschließende Weltwirtschaftskrise die „sonderbedingte Krise“ im Ruhrbergbau verschärfte, so

<sup>159</sup> Zum Folgenden: Peter Mast: Lünen nach dem Ersten Weltkrieg, in: Lünen 1918 bis 1966 (wie Anm. 5), 183-211.

<sup>160</sup> 70 Jahre Ev. Kirchengemeinde Preußen (wie Anm. 27), 15.

<sup>161</sup> Ronald Shearer: The Social Consequences of Modernization: Rationalization and the Politics of the Labor Market in the Ruhr Coal Mines, 1918-1929, in: K. Tenfelde: Sozialgeschichte des Bergbaus (wie Anm. 157), 426.

<sup>162</sup> Klaus Wisotzky: Der Ruhrbergbau im Dritten Reich. Studien zur Sozialpolitik im Ruhrbergbau und zum sozialen Verhalten der Bergleute in den Jahren 1933 bis 1939, Düsseldorf 1983, 16; vgl. Unsere Gemeinde 75 Jahre (1980), 11; Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft 1856-1936 (wie Anm. 23), 217-221.

war diese nicht, wie das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Vereins für die bergbaulichen Interessen in Essen, Bergassessor von und zu Loewenstein, im Mai 1931 erläuterte, „die Ursache unserer Schwierigkeiten, sondern unsere eigenen seit Jahren verfahrenen Verhältnisse“.<sup>163</sup> Zuletzt waren auf Preußen I über 1.100, auf Preußen II knapp 1.900 Arbeiter und Angestellte beschäftigt gewesen. Vor allem die zumeist in Horstmar wohnenden Bergleute von Preußen II wurden damals größtenteils in die Arbeitslosigkeit entlassen, 350 Mann wurden nach Gneisenau und Viktoria verlegt.<sup>164</sup> Die Schächte sind nicht verfüllt, sondern nur abgedeckt worden.<sup>165</sup> 1954/55 wurde die ehemalige Schachanlage Preußen I in Gahmen zu Victoria III/IV ausgebaut, die 1983 endgültig verfüllt wurde.<sup>166</sup>

Für den Bau eines kleinen Gemeindehauses, den man bereits seit Mitte der 1920er Jahre als Unterkunftsstätte für die kirchlichen Vereine sowie für die Gemeindegewerkschaft plante, wurde Anfang 1930, als die kleinere katholische Gemeinde Lünen-Süd bereits seit einem Jahr über einen größeren Bau mit Schwesternstation und Kindergarten verfügte, die Finanzierung in die Wege geleitet. Zwar wurde Lünen-Süd durch die Stilllegung der beiden Zechen Preußen I und II nicht wie das ähnlich strukturierte Erkenschwick in Recklinghausen zum „ärmsten Dorf Deutschlands“,<sup>167</sup> es war die evangelische Kirchengemeinde Preußen jedoch „wenig leistungsfähig geworden“.<sup>168</sup> Damals hatte sich die Harpener Bergbaugesellschaft allerdings noch bereit erklärt, „der Kirchengemeinde wichtige Baustoffe, solange noch die Zechen Preußen I und II abgebrochen werden, zu überlassen. Später würde die Möglichkeit nicht mehr bestehen“.<sup>169</sup> Selbsthilfe der Gemeindeglieder, wie sie etwa im benachbarten Selm nach dem Ausfall der Zeche den dortigen Gemeindehausbau zum Abschluss kommen ließ, musste sicherlich auch in Preu-

<sup>163</sup> „Die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaus in den Jahren 1924 bis 1930“, Sonderabdruck aus Nr. 31, Jg. 1931 der Berg- und Hüttenmännischen Zeitschrift „Glückauf“ (in: LkA EKvW 4,110-69). Vgl. zur Strukturkrise des Ruhrgebiets: Bernd Weisbrod: „Wirtschaftsraum“ und „Geschichtslandschaft“: Ruhrgebiet und Schwerindustrie in den zwanziger Jahren, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 45/1981, 183-200.

<sup>164</sup> Lünen 1918 bis 1966 (wie Anm. 5), 38; Leben mit Gneisenau (wie Anm. 6), 315; H. Schulz: Horstmar (wie Anm. 152), 35.

<sup>165</sup> W. u. G. Hermann: Die alten Zechen (wie Anm. 6), 113 f.

<sup>166</sup> Fredy Niklowitz: Vorwort zum Bestand 01.08. (Bergbau, 19./20. Jhd.) im Stadtarchiv Lünen (siehe [www.stadtarchiv-lueneen.findbuch.net](http://www.stadtarchiv-lueneen.findbuch.net)).

<sup>167</sup> Gemeindebuch des Kirchenkreises Recklinghausen, hg. von Martin Geck, Essen 1958, 62.

<sup>168</sup> Presbyterium KG Preußen an EK, 26.2.1930, in: LkA EKvW 2 neu/Preußen 4, Bd. I, Bl. 2.

<sup>169</sup> Ebd., Bl. 1.

ßen geleistet werden. Am 8. November 1931 konnte das Paul-Gerhardt-Gemeindehaus schließlich eingeweiht werden,<sup>170</sup> dessen Kosten in Höhe von über 91.000 RM aus verschiedenen Quellen – aber eben nicht mehr durch den Bergbau – aufgebracht werden konnten.<sup>171</sup> Die finanzielle Lage der Kirchengemeinde war in diesen und den folgenden Jahren allerdings sehr angespannt; sie war „so ungünstig, dass im Haushaltsplan für 1933 schon trotz äusserster Sparsamkeit ein ungedeckter Fehlbetrag von ungefähr 2000 RM sich findet, ebenso für 1934. Durch Stilllegung der beiden Zechen und durch Wegzug der Beamtenschaft bleibt nur noch die Arbeiterschaft zurück, welche bis zu 70% arbeitslos ist, so dass selbst bei einem erhöhten Kirchensteuerprozentsatz von 22% die Ausgaben nicht gedeckt werden können“.<sup>172</sup> Immer wieder weist die Kirchengemeinde Preußen in Eingaben an die kirchenleitenden Behörden auf die anerkannte finanzielle Notlage hin, die durch die Stilllegung der beiden Zechen, deren Belegschaft wie erwähnt rund 4.000 Mann betrug, entstanden war. „Von 1600 Kirchensteuerzahlern sind zurzeit noch 500 Mitglieder erwerbslos“.<sup>173</sup> Noch im Frühjahr 1937 muss Pfarrer Wilhelm Arning<sup>174</sup> im Zusammenhang einer notwendigen Kirchturmreparatur darauf hinweisen, dass sich die finanzielle Lage der Gemeinde „im letzten Jahr nur wenig gebessert“ habe, „da hier vor Jahren zwei Zechen stillgelegt worden sind und noch kein neues Industrieunternehmen in der Nähe gegründet worden ist. Dennoch würden sich die Steuereinnahmen der Kirchengemeinde Preußen im kommenden Jahre bessern, wenn nicht gerade für das kommende Vierteljahr die Harpener Bergbau A.G. sich für ihre Beamten einen großen Wohnungsschub vorgenommen hätte, so daß die meisten von den wenigen Beamten, die noch in dieser Gemeinde wohnen, ausziehen. An ihrer Stelle werden Invaliden die freiwerdenden Wohnungen beziehen“.<sup>175</sup>

<sup>170</sup> Grundsteinlegung: 21.12.1930; Unsere Gemeinde 75 Jahre (1980), 11.

<sup>171</sup> Der Betrag wurde u. a. in folgender Weise aufgebracht: Kirchenkasse 23.689,71 RM, Sammlungen in der Gemeinde 1.100 RM, Provinzialsynodalkasse 5.300 RM, Wohlfahrtsministerium Berlin 3.000 RM, Anleihen der Provinzialsynodalkasse Oeynhausens 4.000 RM, Anleihe der Evangelische Vorsorge zu Berlin 50.000 RM und Anleihe des Provinzialsynodal-Verbandes der Inneren Mission zu Münster 3.400 RM (LkA EKvW LB 163, 4).

<sup>172</sup> Presbyterium KG Preußen (Pfr. Mendel) an den Präses der Westfälischen Provinzialsynode (Karl Koch), 5.9.1934, in: LkA EKvW 2 neu/Preußen 4, Bd. I.

<sup>173</sup> Presbyterium KG Preußen (Pfr. Winkler) an das EK, 14.9.1935, in: LkA EKvW 2 neu/Preußen 4, Bd. I.

<sup>174</sup> Im Herbst 1934 musste sich der bisherige Pfarrer Mendel aufgrund eines Unfalls, bei dem er einen Beckenbruch erlitt, vom Amt zurückziehen (seit April 1935 befand er sich offiziell im Ruhestand).

<sup>175</sup> Arning an EK, 27.4.1937, in: LkA EKvW 2 neu/Preußen 4, Bd. I.

Das Gedeihen der evangelischen Kirchengemeinde Preußen war also, wie auch diese kurzen Ausblicke über den engeren Gründungszeitraum hinaus belegen, stets eng mit der Konjunktur des örtlichen Bergbaus verbunden. Die Kirchengemeinde, die wie Radbod in Hamm,<sup>176</sup> Bismarck in Gelsenkirchen oder Engelsburg in Bochum, ihren Namen direkt von den örtlichen Zechen herleiten konnte, ist gleichwohl nur ein Beispiel in einer ganzen Reihe von Industrieorten im nördlichen Ruhrgebiet, die sich kurz vor und kurz nach der Wende zum 20. Jahrhundert unter vergleichbaren Bedingungen im Blick auf ihre Topographie, ihre soziale Schichtung, ihre Ökonomie und ihre Religiosität entwickelten. Das Bergbauunternehmen prägte und veränderte so auch das Gesicht der politischen und der kirchlichen Gemeinde in Lünen-Süd. Wenngleich es Beispiele wie das benachbarte Horstmar gibt, wo das ursprüngliche Dorf jenseits der neuentstandenen Industrieansiedlung von dessen Entwicklung scheinbar „unberührt“ blieb und wo Kirche, Pfarrhaus und Gemeindehaus die Verbindungsglieder zwischen beiden Siedlungsräumen darstellten,<sup>177</sup> so wurden in der Regel aus bäuerlichen Ansiedlungen städtische Zentren. Das agrarische und kleinstädtische Milieu wurde mit einem neuen Produktionsmilieu der Zechenarbeiter konfrontiert. Religiöse Spielarten der Einwanderer ergänzten die überkommene Kirchlichkeit, stellten vorhandene Frömmigkeitsauffassungen in Frage, belebten diese unter Umständen aber auch. Angesichts der flächendeckend dokumentierten Kirchendotationen seitens der Bergwerksgesellschaften wurde in der Forschung häufig deren rechtliche Verpflichtung zur finanziellen Abfindung unterbewertet.<sup>178</sup> Die für die Ruhrgebietsorte so typische und die konfessionellen Unterschiede noch verstärkende Doppelung der kirchlichen Infrastruktur (jeweils evangelische und katholische Kirchenbauten, Krankenhäuser, Schulen, Vereine etc.) wäre dabei als Spezifikum im Raumbildungsprozess des Bergbaus zudem ebenso noch genauer zu betrachten, wie die kommunalen Mitbestimmungsrechte und das kirchliche Engagement der Zechenangehörigen,

<sup>176</sup> Vgl. dazu Wilhelm H. Neuser: Die Entstehung einer westfälischen Industrie-gemeinde. Die Kirchengemeinde Bockum-Hövel 1911–1945, in: JWK 81/1988, 77–94.

<sup>177</sup> H. Schulz: Horstmar (wie Anm. 152), 50 f.

<sup>178</sup> So benennt beispielsweise Helmut Geck, in: Recklinghausen im Industriezeitalter (wie Anm. 2), 361 f., „in erster Linie zwei Gründe“ für das finanzielle Engagement des Bergbaus bei der evangelischen Kirche: Für die mehrheitlich protestantischen Bergbauunternehmer sei die Unterstützung ihrer Kirche zum einen eine „Herzenssache“ gewesen, zum anderen erhofften sie sich durch den Schulterchluss mit beiden – „politisch und sozial tendenziell konservativ eingestellten“ – Kirchen die Schaffung starker örtlicher Partner im Kampf gegen die organisierte sozialdemokratische Arbeiterbewegung.

beispielsweise in den Gemeindevertretungsorganen.<sup>179</sup> Unter dem Gesichtspunkt einer „Beziehungsgeschichte von Unternehmen und Region“<sup>180</sup> wäre aber sicherlich auch noch stärker über die Wechselwirkung zwischen Bergbau und Kirchengemeinde, ja über den vielschichtigen Anpassungsprozess auch des Unternehmens an die kulturelle Umwelt seines Standortes nachzudenken.

So wie das Aufblühen des Bergbaus und das Wachstum der Werksiedlungen den Beginn eines organisierten Gemeindelebens markierten, so begrenzten dann Rezessionen und konjunktureller Abschwung die Funktion des Bergbaus als „Raumbildnerin“ wieder. Dies passierte lange vor dem Zweiten Weltkrieg, der einen weiteren Einschnitt bedeutete. Die einseitige industrielle Entwicklung und die sozio-ökonomische „Monokultur“ der Gemeinde Preußen in Lünen-Süd wurde erst durch die großen demographischen Veränderungen der Nachkriegszeit aufgebrochen. Kirche und Kommune mussten sich neu orientieren.

<sup>179</sup> Vgl. Matthias Frese/Burkhard Zeppenfeld (Hg.): Kommunen und Unternehmen im 20. Jahrhundert. Wechselwirkungen zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft, Essen 2000, 11 ff.

<sup>180</sup> Dietmar Süß: Standort, Markt, Betrieb. Unternehmen und Region im 19. und 20. Jahrhundert, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 3/2005, 159-169, hier: 160.